

25

JUBILÄUMS MAGAZIN IDA-NRW

Ausblicke

Einblicke

Rückblicke

Vorworte

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebes Team von IDA-NRW,

seit 25 Jahren unterstützt IDA-NRW die Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen im kritischen Umgang mit rassistischen und demokratiefeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen.

Im Laufe der Jahre haben die Angebote von IDA-NRW viele Träger der Kinder- und Jugendhilfe erreicht und so einen aktiven Beitrag für demokratische Teilhabe und Toleranz junger Menschen geleistet. Diese Unterstützung ist auch heute sehr wichtig. Die zunehmende Akzeptanz rassistischer und diskriminierender Haltungen in Teilen der Gesellschaft erfordert ein verstärktes Engagement für ein demokratisches Zusammenleben, das auch die Jugendhilfe immer wieder vor neue Herausforderungen stellt.

Ich möchte das 25-jährige Jubiläum zum Anlass nehmen, mich bei Ihnen für diese wichtige Arbeit zu bedanken. IDA-NRW hat durch sein vielfältiges Angebot einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass die Träger in NRW einen qualifizierten Ansprechpartner und gute Unterstützung bei der Auseinandersetzung mit den Themen Rassismus und Diskriminierung haben.

Jürgen Schattmann

Gruppenleiter Jugend im Ministerium für Kinder,
Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes
Nordrhein-Westfalen

Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Liebe Verbündete*, liebe Kolleg*innen,

der Brandanschlag in Solingen 1993 war der traurige Höhepunkt einer langen Liste von Anschlägen, Übergriffen und Pogromen, die zu Beginn der 1990er Jahre das gesellschaftliche Klima in Deutschland prägten. Bis heute sind rassistische und rechte Einstellungen, Ablehnung bzw. offene Feindseligkeit in der Gesellschaft weit verbreitet.

Im Herbst 1994 wurde IDA-NRW gegründet und aus dem damals auf drei Jahre angeordneten Projekt ist mittlerweile eine anerkannte Fachstelle geworden, die sich Dank der kontinuierlichen Förderung durch das Jugendministerium des Landes NRW zu einer festen Anlaufstelle entwickelt hat für Multiplikator*innen und Fachkräfte, die haupt- oder ehrenamtlich in der Kinder- und Jugendarbeit, in Jugendverbänden, in der Jugendbildungsarbeit und Jugendsozialarbeit tätig sind.

IDA-NRW feiert in diesem Jahr sein 25-jähriges Bestehen. Wir haben dieses Jubiläum zum Anlass genommen, die vergangenen Jahre zu reflektieren, aber auch Einblicke in unsere Arbeit zu geben und unsere zentralen Themen zu diskutieren.

Danke sagen möchten wir allen, die seit Jahren mit IDA-NRW verbunden sind, uns begleitet und durch ihre Zusammenarbeit bereichert haben.

Karima Benbrahim & Meltem Büyükmavi

INHALT

- 2 Impressum
- 3 Vorworte
- 6 »Wer vom Rassismus nicht sprechen will, sollte vom Rechtsextremismus schweigen« – und aktualisierende Bemerkungen
// **Stephan Bundschuh**

RÜCKBLICK

- 21 Entwicklungen der Migrationsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland – Eine Bestandsaufnahme
// **Anne Broden**
- 29 IDA-NRW in Zahlen
- 29 Zeitleiste: Von der Ausländerpädagogik über die interkulturelle Pädagogik zur Migrationspädagogik

EINBLICK

- 38 Vom Projekt zur Fachstelle
- 44 Einblick in unsere Themen

AUSBLICK

- 52 Rassismuskritische und migrationspädagogische Öffnungsprozesse in der Kinder- und Jugendarbeit
// **Tobias Linnemann, Anna Aleksandra Wojciechowitz und Fidan Yiligin, eingeleitet und ergänzt von Karima Benbrahim**
- 60 Für rassismuskritische und Empowerment-orientierte Räume in der Jugendarbeit streiten: Impulse aus der Qualifizierungsreihe des projekt.kollektiv
// **Cecil Arndt & Kolja Koch**

„Wer vom Rassismus nicht sprechen will, sollte vom Rechtsextremismus schweigen. Perspektiven unserer Arbeit“

// Stephan Bundschuh

Ich sollte gleich zu Beginn offen legen, dass ich diesen Titel in veränderter Form geborgt habe. Er lehnt sich an einen Satz des kritischen Gesellschaftstheoretikers Max Horkheimer an, der 1939 in seinem Aufsatz „Die Juden und Europa“ schrieb: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ (Horkheimer 1939, 115) Seine These lautete, dass der offen zutage getretene Antisemitismus des Nationalsozialismus auf den faschistischen Gesellschaftsentwurf verweise, der wiederum eine der möglichen logischen Konsequenzen der Entwicklung des Kapitalismus in Europa sei. Er kritisiert damit den „hilflosen Antifaschismus“ (Haug 1987) seiner Zeit, der nicht wahrhaben wollte, dass der Nationalsozialismus nicht etwa den marktwirtschaftlichen Liberalismus der Weimarer Zeit zerstörte, sondern eine Antwort auch im Interesse bedeutender Unternehmen auf die Zerstörung der Marktwirtschaft durch die von ihr produzierte Weltwirtschaftskrise selbst war.

Adolf Hitler und Konsorten gelten Horkheimer also nicht als Zerstörer des Kapitalismus, sondern als Ausdruck des Übergangs vom liberalen Kapitalismus zu einem monopolistisch strukturierten Kapitalismus. Horkheimers These besagt folglich, dass der Kapitalismus selbst in einer bestimm-

ten historischen Phase seiner Entwicklung den Nationalsozialismus als autoritäre Gesellschaftsform benötigte.

Mit dem Titel „Wer vom Rassismus nicht sprechen will, sollte vom Rechtsextremismus schweigen“ lehne ich mich an Horkheimer an – obwohl ich einschränkend sagen muss, dass ich an dieser Stelle nicht auf die Ökonomie zurückschreite und außerdem die Sache insofern umkehre, als ich sage, dass die Bedeutung des Rechtsextremismus zu einem überwiegenden Teil über die Rolle des Rassismus in unserer Gesellschaft erläutert werden kann. Ich glaube, dass der aktuelle Rechtsextremismus in seiner Ideologie, Organisation und Durchschlagskraft nicht mehr den Nostalgie-Verbänden der alten Bundesrepublik Deutschland entspricht. Dadurch, dass es ihm gelingt, an aktuellen Ressentiments teils realen, teils schimärischen Charakters in der Bevölkerung anzuknüpfen (Homophobie, Vorbehalte gegenüber Migrantinnen und Migranten, Sexismus etc., aber auch Hartz IV, Finanzkrise), entfaltet er eine gefährliche politische Dynamik. Rassismus ist ein wesentliches Element, eine historische Dimension und eine gesellschaftliche Bedingung für die Entstehung von Rechtsextremismus. Hannah Arendt hat dies in ihrem Buch „Elemente und Ursprünge totaler

Herrschaft“ aus dem Jahre 1951 bereits sehr deutlich gezeigt, in dem die Analyse des Antisemitismus und des rassistischen Kolonialismus breiten Raum zum Verständnis der Entwicklung einer autoritären Gesellschaft einnehmen (Arendt 1986).

Ohne dieses gesellschaftliche Fundament und den Resonanzboden rassistischer Empfindungen in der Bevölkerung – verstärkt durch Medien- und Politikdiskurse – stünden die Rechtsextremen tatsächlich völlig vereinzelt am Rand, so aber erweisen sich ihre politischen Vorstellungen zwar im Gesamten als für das gegenwärtige

bürgerliche Empfinden extrem, finden aber an unterschiedlichen Themenpunkten wie dem Wunsch nach einer starken Hand, wie der Neigung zum Glauben an Verschwörungstheorien den Kontakt mit und das Verständnis vieler Menschen. Und diese Themen bilden den Humus und das Einfallstor autoritärer Gesellschaftsmodelle in die Demokratie.

Im Folgenden werde ich kurz die wesentlichen Elemente von Rassismus und Rechtsextremismus zusammenfassen und dann ihr Verhältnis zueinander bestimmen:

RASSISMUS (NACH MILES 1992)

Ideologie

- Konstruktion von Gruppen
- Zuschreibung bestimmter Eigenschaften (biologisch, kulturell, national, ethnisch)
- Hierarchisierung der Gruppen / Ungleichwertigkeit / Ableitung von Herrschaft

Gesellschaftssystem

- Gesellschaftliche Macht der Durchsetzung / kulturelle, soziale, politische Hegemonie
- Soziale Hierarchie / gesellschaftliche Ausgrenzung
- Institutionelle / strukturelle Diskriminierung: Rassismus im Arbeitsmarkt, bei Bildung, in politischer Partizipation

RECHTSEXTREMISMUS

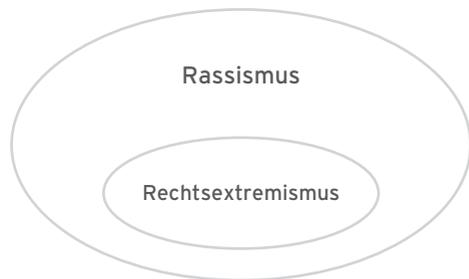
Einstellung

- Nationalismus
- Sozialdarwinismus
- Antisemitismus
- Rassismus („Ausländerfeindlichkeit“)
- Autoritarismus
- Verharmlosung d. Nationalsozialismus

Verhalten

- Protest, Aktion
- Wahlverhalten
- Partizipation
- Mitgliedschaft
- Gewalt, Terror

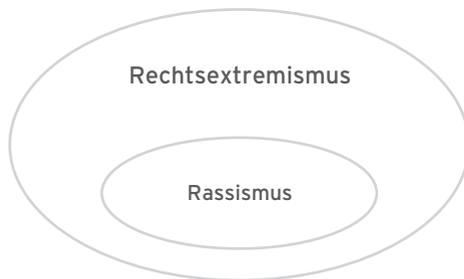
Rassismustheorie:



Es scheint sich also um konkurrierende Erklärungsmodelle zu handeln.

Auch im aktuellen gesellschaftlichen Diskurs zeigen sich große Unterschiede in der Akzeptanz der Thematisierung. Rassismus zu thematisieren, erweist sich als relativ schwierig bzw. als Provokation, außer es handelt sich um einen „Rassismus“ in der Form des Thilo Sarrazin. Dieser hat allerdings einen Kardinalfehler begangen. Möglicherweise hätte er die Diskussionen über „Kopftuchmädchen“ oder „Obsthändler“ überstanden, wenn er sich nicht auch noch auf die Ebene der Genetik begeben hätte. Genetik und Judentum in bester antisemitischer Absicht – nämlich der Unterstreichung einer jüdischen Intelligenz – miteinander zu verknüpfen, führt in Deutschland zum unmittelbaren Kurzschluss mit dem Nationalsozialismus und dem Holocaust. Die Elogen über die „dummen“ Einwanderer ziehen Empörung, aber skandalöser Weise auch eine verstärkte Integrationsdebatte nach sich, mit seinem biologischen Rassismus aber war Sarrazin nicht mehr auf seinem Posten zu halten. Machen wir uns aber nichts vor: Das biologistische Denken ist auf dem Vormarsch. Vorrei-

Rechtsextremismustheorie:



ter ist, wie so oft, die Wissenschaft, heute mit Genetik und Gehirnforschung. Wer sich heute also auf biologistische Argumente beruft, ist nicht ein Ewiggestriger, sondern ganz modern.

Hiermit ist auch schon das Problem benannt: Rassismus als klassischer biologischer Rassismus, der mit dem „Rasse“-Wort hantiert, ist gesellschaftlich unüblich geworden, auch wenn der ehemalige Bundesbildungsminister und erste Bürgermeister von Hamburg, Klaus von Dohnanyi, in Verteidigung Thilo Sarrazins in der Süddeutschen Zeitung erklären darf: „Also bitte keine Feigheit mehr vor Worten wie Rasse, Juden, Muslime. Es gibt sie. Man darf über sie nachdenken, man darf sie benutzen“ (SZ vom 06.09.2010, 2). Alle feineren, subtileren, weniger zu Tage liegenden Varianten werden nur ungern als Rassismus benannt. So bezeichnet auch der Soziologe Howard Winant die schwierige Aufgabe der Rassismuskritik, da sie in Gesellschaften rassistische Strukturen zu dechiffrieren habe, die sich offiziell antirassistisch präsentierten.

Bei einem Hearing des bundesweiten Netzes gegen Rassismus, für gleiche Rechte 2009 in Berlin konnten die eingeladenen Parlamentarier unterschiedlicher politischer Couleur zunächst nicht verstehen, warum sich die Vertreter der Nichtregierungsorganisationen darüber beschwerten, dass in Deutschland immer nur über Rechtsextremismus, nicht aber über Rassismus gesprochen werde.

Es wurde kritisiert, dass sich die Aktionsprogramme der Bundesregierung vor allem gegen Rechtsextremismus (jetzt müssen wir sagen, gegen Extremismus) wendeten und dabei die Probleme der gesellschaftlichen Mitte ausklammerten. Der Kern der Kritik bestand darin, dass die Konzentration auf die Gruppen der extremen Rechten die Ursache des Problems, nämlich die Erzeugung radikaler Gesinnungen aus der Normalität unserer Gesellschaft und aus der Mitte dieser Gesellschaft heraus, verdecken würde. Mit der Thematisierung von Rassismus und Antisemitismus im Hier und Heute könne man nicht länger mehr die Augen davor verschließen, dass diese Phänomene genau in der demokratischen Mitte anzutreffen seien bzw. dass sie ihre gesellschaftliche Relevanz gerade dadurch entfalteten, strukturelle Begleiterscheinungen der europäischen Geschichte und Gesellschaft zu sein.

Demgegenüber kommt uns (der Mehrheitsgesellschaft) die Kritik des Rechtsextremismus derzeit leicht über die Lippen, ich möchte fast sagen, wer heute gegen Rechtsextremismus arbeitet, befindet sich im Mainstream der gesellschaftlichen Öffentlichkeit. Auslöser dieses Diskurses sind insbesondere die verstärkten Aktivitäten

von ultranationalistischen und aggressiv auftretenden, insbesondere gesellschaftliche Minderheiten diskriminierenden Parteien (NPD, Pro-Bewegung etc.) in den letzten 20 Jahren sowie Bewegungsaktivitäten informeller Gruppen, die zu lebensbedrohlichen Angriffen auf Minderheiten und politische Gegner führen. Diese Parteien und Gruppen werden als rechtsextrem bezeichnet.

Nicht zuletzt der Regierungswechsel von Schwarz-Gelb zu Rot-Grün im Jahr 1998, aber auch das Erwachen der Verfassungsschützer, die langsam das gefährliche Potenzial des Rechtsextremismus erkannten, machten den Begriff hoffähig.

Die Verbreitung der Bezeichnung Rechtsextremismus ist zugleich als Fortschritt und Problem zu deuten. Als Fortschritt, weil zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ein offizieller und öffentlicher Diskurs über den Rechtsextremismus geführt wird.

Das Problem dabei ist, dass sich zum einen im Begriff das Extremismus-Modell des Verfassungsschutzes durchgesetzt hat, das es erleichtert, jederzeit vom Rechtsextremismus auf andere „Extremismen“ umzuschwenken und damit einer Entsorgung der deutschen Vergangenheit tendenziell Vorschub zu leisten, und zum anderen blendet der Begriff des Extremismus aus, dass es sich hier um „Normalisierungstendenzen“ handelt bzw. um Denk- und Verhaltensformen, die von starken Minderheiten in der Bevölkerung zu großen Teilen getragen und unterstützt werden.

Das Extremismus-Modell geht von folgender politischer Ordnung aus: Im Zentrum des verfassungskonformen Spektrums, definiert durch die Freiheitlich demokratische Grundordnung, steht die demokratische Mitte. An ihrem Rande befinden sich Links- und Rechtsradikale, die noch verfassungskonform sind. An deren jeweiligen Rändern liegen Links- und Rechtsextremismus, die verfassungswidrig sind. Nicht die Unterschiede in den Inhalten der politischen Orientierungen, sondern die Gemeinsamkeiten in den Formen der Absetzung vom etablierten staatlichen System werden zum zentralen Kriterium erhoben.

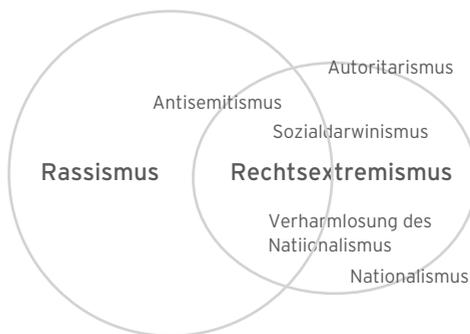
Unabhängig oder neben der politisch einfachen Verwertbarkeit des gegenüber der demokratischen Mitte scheinbar klar abzugrenzenden Phänomens Rechtsextremismus sowie der Tendenz realer lokaler Verankerung rechtsextremer Strukturen ist die Schwerpunktsetzung auf Rechtsextremismus in Deutschland auch historisch nicht zufällig, sondern hat mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und ihrem schweren Erbe zu tun. Damit ist das besondere Augenmerk, das Rechtsextremismus in der Bundesrepublik aktuell erfährt, nur allzu legitim. Zugleich entlastet die Verschiebung des Problems an den rechten Rand die deutsche Gesellschaft insgesamt von der Reflexion ihrer historischen Verantwortung und ihrer gegenwärtigen Diskriminierungspraxen.

Deshalb scheint es mir grundsätzlich notwendig, sich vom Begriff des Rechts-Extremismus zu verabschieden, ohne aktuell einen alternativen Begriff anbieten zu können. Dieser Begriff würde auch den Blick auf das Phänomen „Rechtsextremismus“

verändern, denn Begriffe sind Griffe, um Welt zu begreifen, wie Bertolt Brecht einmal schrieb. Rassismus aber kann nicht an seine Stelle treten, da er mehr eine Gesellschaftsstruktur als ein politisches Programm beschreibt.

Ich möchte am Beispiel der Einstellungsebene die Einheit und Differenz zwischen Rassismus und Rechtsextremismus anhand eines Schaubilds vorsichtig verdeutlichen:

Die Relation von Rassismus zu Rechtsextremismus



Meines Erachtens kann es aufgrund der starken Überschneidung – aber eben nicht Identität – zwischen Rassismus und Rechtsextremismus deshalb nicht darum gehen, Rechtsextremismustheorie und Rassismustheorie gegeneinander auszuspielen, sondern beide in Relation miteinander zu setzen. Meines Erachtens ist es notwendig, mit der Thematisierung von Rassismus ein klassisches Diskriminierungsfeld in Denken und Struktur unserer Gesellschaft zu thematisieren und damit auf seine „Normalität“ zu verweisen. Rassismus ist Ausdruck dieser Gesellschaft und bedarf deshalb ei-

ner grundsätzlichen, also radikalen Kritik. Zugleich ersetzt der Hinweis auf Alltagsrassismus und institutionellen Rassismus nicht die Beobachtung und Auseinandersetzung mit den politischen Projekten von Personen, Gruppen und Parteien, die auf die Errichtung eines autoritären oder faschistischen Regimes hinarbeiten. Diese politischen Projekte sind glücklicherweise in ihrer Geschlossenheit noch nicht mehrheitsfähig und insofern noch keine Projekte der gesellschaftlichen Mitte. Wenn sie es werden, dann aufgrund des Rassismus der Mitte. Wer also von Rechtsextremismus spricht, muss auch vom Rassismus sprechen.

Die erfolgreiche Bekämpfung von Rechtsextremismus setzt maßgeblich eine kritische Auseinandersetzung mit Rassismus voraus. Da dieser ein breites gesellschaftliches Phänomen ist, verweist dies auf eine kritische Analyse unserer Gesellschaft und der Notwendigkeit antirassistischer Arbeit in allen Bereichen, darunter auch der Jugendarbeit.

Es gibt also die Notwendigkeit, die antirassistische Arbeit zu intensivieren und hier vor allem ein Rassismusverständnis voranzutreiben, das Diskriminierungen unter Bezug auf Ethnie, Nationalität, Kultur auch ohne direkten biologischen Bezug als rassistisch erkennt und zugleich so spezifisch in der Bestimmung seiner Gegenstände bleibt, dass nicht jede binäre Denkkonstruktion zu Rassismus erklärt wird.

Antirassistische Arbeit führt notwendig zur Auseinandersetzung mit der eigenen Persönlichkeitsstruktur, aber auch mit der Struktur unserer Gesellschaft, in die

Rassismus eingeschrieben ist. Der deutlichste politische Ausdruck rassistischer Politikentwürfe findet sich im Rechtsextremismus, der unmittelbar gefährlich ist, weil er regelmäßig Menschenleben fordert. Mittelbar aber ist er gefährlich, weil die Krisenanfälligkeit unserer Gesellschaft offensichtlich rechtspopulistischen und rechtsextremen Gesellschaftsentwürfen in Europa Auftrieb gibt. Beide Themenbereiche, die antirassistische Arbeit und die Arbeit gegen Rechtsextremismus – die ich als nebeneinanderstehend in unserer eigenen Arbeit wahrnehme – müssen miteinander verzahnt werden, anstatt unverbunden parallel zu verlaufen.

(Der vorliegende Beitrag wurde erstmal als verschriftlichter Vortrag, den der Autor auf der Jubiläumstagung des IDA am 20. November 2010 in Berlin hielt, in der Zeitschrift Überblick des IDA-NRW, 16. Jg., Nr. 4, Dezember 2010 veröffentlicht.)

Literatur

- Arendt, Hannah (1986): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft, München/Zürich
- Haug, Wolfgang Fritz (1987): Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt, Hamburg
- Horkheimer, Max (1939): Die Juden und Europa, in: Zeitschrift für Sozialforschung. Jg. 8. Doppelheft 1/2, 115-137.
- Miles, Robert (1992): Rassismus. Eine Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs, Hamburg
- Stöss, Richard (2005): Rechtsextremismus im Wandel, Berlin

Eine Dekade später. Aktualisierende Bemerkungen zum Thema

„Wer vom Rassismus nicht sprechen will, sollte vom Rechtsextremismus schweigen“

// Stephan Bundschuh

Der diesem vorangehende Artikel beruht auf einem Vortrag, mit dem ich mich vor rund 10 Jahren von IDA verabschiedete und der das Problem thematisierte, dass in politischen Kreisen zwar recht viel über Rechtsextremismus (die Mordtaten des NSU aber waren bis dato unbekannt), aber ungern über Rassismus gesprochen wurde. Im Vortrag wurde verhandelt, dass es bei den beobachtbaren Ausgrenzungen und Diskriminierungen nicht um bedauerliche Randthemen, sondern um zentrale Probleme dieser Gesellschaft gehe. Es wurde nach einem grundsätzlichen Zusammenhang zwischen rechten Phänomenen und grundlegenden gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen gefragt.

In diesem Kontext rekurrierte ich damals auf Max Horkheimers berühmten Aufsatz „Die Juden und Europa“ von 1939, in dem er den Zusammenhang von Nationalsozialismus und kapitalistischen Produktionsverhältnissen offenlegte. Dabei betonte er, dass eine Rede und Kritik des Nationalsozialismus hilflos sei, wenn sie an der Oberfläche verbleibe und nicht den Nationalsozialismus als eine spezifische Gesellschaftsform auffasse, die zu einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten

Ort als Sozialformation die Aufgabe habe, die Akkumulation des Kapitals in einer Krisenzeit zu gewährleisten. Daraus resultiert auch die Formulierung zu Beginn des Aufsatzes, dass, wer vom Kapitalismus nicht reden wolle, auch vom Faschismus schweigen solle (Horkheimer 1939, 115). Horkheimer hält selbstverständlich das Umgekehrte für richtig: Um den Faschismus wissenschaftlich richtig zu analysieren und ihn politisch effektiv bekämpfen zu können, müsse man auch den Kapitalismus kritisch in den Blick nehmen und ihn überwinden.

Bei meiner Rede über Rassismus ging ich 2010 noch davon aus, dass der Rassismus zwar funktional, aber nicht gleich fundamental wie der Kapitalismus für unsere Gesellschaft sei. Es steckte durchaus ein Moment des Ableitungsverhältnisses darin, also die unausgesprochene Annahme, dass Rassismus, Sexismus oder Ableismus so etwas wie nachrangige Diskriminierungsformen in Relation zum Klassismus, also zur Klassengesellschaft seien. Heute stellt sich dies unter dem Gesichtspunkt der Intersektionalität etwas anders dar. In der Rassismuskritik gelten Rassismus, Kapitalismus, Sexismus und Ableismus als ineinander

verschränkte, aber nicht auseinander ableitbare Herrschaftsformen. Sie besitzen eigene Machtdynamiken, aber nur in ihrer Verwobenheit ineinander gewährleisten sie die Reproduktion gegenwärtiger moderner Gesellschaften mit ihren Machtstrukturen. Was in der Rassismuskritik längst zum Allgemeinplatz geworden ist, ist öffentlich keineswegs grundsätzlich anerkannt. Zwar werden Rassismus, Kapitalismus, Sexismus und andere Herrschaftsformen wiederholt kritisiert, eine Infragestellung beispielsweise des kapitalistischen Wertgesetzes und Eigentumsrechts erfolgt jedoch nur in überschaubaren Zirkeln, rassistische Tendenzen und koloniale Raubzüge werden nur zögerlich zugegeben.

Was hat sich nun in den letzten zehn Jahren getan? Kaum lassen sich die verschiedenen Tendenzen vollständig nachzeichnen, zu viel ist in Bewegung geraten. Ganz offensichtlich zeichnet sich die Krise des Neoliberalismus – der Anfang der 1970er Jahre beginnt (Nachtwey 2016) – ab. Wir befinden uns im Übergang zum Postneoliberalismus, der sowohl einen verstärkten nationalistischen Protektionismus und Partikularismus als auch eine erweiterte moralisch-politische Globalisierung unter solidarischen und nachhaltigen Vorzeichen aufweist.

Die politischen und sozialen Bewegungen gegen den Neoliberalismus sind jedenfalls mehrdeutig: Einerseits ist ein zunehmender Autoritarismus, nationalistischer Chauvinismus und ökonomischer Protektionismus zu verzeichnen, andererseits gibt es weltweit Protestbewegungen gegen autoritäre Regime (so der Arabische Frühling von 2011) und globale Bewegungen, die an-

dere Vergesellschaftungsmuster antizipieren, auch wenn sie sich aktuell nicht durchsetzen können (Kraushaar 2012). Heute kann auch vom Jahrzehnt globaler Fluchtbewegungen gesprochen werden. Obwohl sich Europa hier humanitär imaginiert und gar befürchtet, zum globalen Spielball und Ziel der Geflüchteten aus aller Welt zu werden, zeigt ein Kommentar des US-amerikanischen Intellektuellen Noam Chomsky, dass ein unvoreingenommener Blick von außerhalb Europas bezüglich des europäischen Umgangs mit Flüchtlingen aus Afrika erheblich skeptischer ausfällt:

„Ich bin sehr kritisch gegenüber den Vereinigten Staaten. Doch Europa ist um einiges schlimmer, ja viel schlimmer. Dies gilt auch für Merkel-Deutschland, das als liberal betrachtet wird. Es ist einfach viel schlimmer als hier. Ein Beispiel hierfür ist die Reaktion Europas gegenüber Menschen, die aus Afrika fliehen. Wie bereits erwähnt, hat Europa eine gewisse Vergangenheit in Afrika. Europa hat Afrika zerstört und ausgeplündert. Es gab den Sklavenhandel, europäische Invasion, sehr viel Gewalt und all diese Dinge. Auch das liegt nicht so lange zurück. Es reicht bis in die Gegenwart. [...] nun fliehen Menschen aus dem verwüsteten Afrika nach Europa, doch was tun die Europäer? Wir wissen, was sie tun, und das ist einfach ein monströses Verbrechen. Ich finde kaum Worte, die das beschreiben könnten. Ich denke, dass Europa in vielerlei Hinsicht rassistischer ist als die USA“ (Chomsky 2018, 153f.).

Nun, das ist für Europäer überraschend, es scheint skandalös oder sogar bösartig, zumindest aber der Senilität Chomskys – eines zur Zeit des Interviews 89-jährigen

Mannes – geschuldet, dass Europa rassistischer sein solle als Trump-Land. Tatsächlich schaffen es Europa und Deutschland immer wieder, ihren Rassismus auf die USA oder in die eigene Geschichte zu projizieren und damit die eigene Gegenwart als geläutert darzustellen. Das ist übrigens ein besonderes Kennzeichen des Postrassismus, wie David Theo Goldberg (2015) ihn schildert. Chomsky korrigiert diese Selbsttäuschung. Allerdings sind wir über den Postrassismus wiederum weit hinaus. Im rechten Lager zeigen sich besorgniserregende Tendenzen: ein rechter Terrorismus und ein dynamischer Rechtspopulismus. In der Gesellschaft zeigen sich darüber hinaus stabil hohe Zustimmungsraten zu im weiteren Sinne als rassistisch einzustufenden Einstellungen und alltägliche antisemitische und antimuslimische Angriffe und Beleidigungen.

Rechter Terror

Das Jahr 2011 verzeichnet wenigstens zwei furchtbare Ereignisse, die die faktische Dimension extrem rechter Gesinnung in Europa in besonderer Weise deutlich machten. Zum einen ereigneten sich der Bombenanschlag in Oslo und das Massaker auf der Insel Utøya, bei dem ein Rechtsextremist und Psychopath viele insbesondere junge Menschen umbrachte. Wenig später wurde bekannt, dass die rechte Terrorzelle NSU eine über 10-jährige rassistische Anschlags- und Mordspur in Deutschland hinterließ. Selbst rassistuskritische Organisationen hatten so etwas im Gegensatz zu Betroffenen der Attentate nicht vermutet. Weitere Attentate rechter Couleur ließen sich auflisten, so aktuell die offensichtlich extrem rechts motivierte Ermordung des

nordhessischen Regierungspräsidenten Walter Lübcke. Bei diesem Fall zeigt sich eine neue Aufmerksamkeit ermittelnder Behörden, nun doch politische Motive relativ frühzeitig in Betracht zu ziehen, um nicht ähnlich Schiffbruch zu erleiden wie bei den jahrelangen ergebnislosen Ermittlungen zu den Morden des NSU. So wurde die ehemalige Bundesjustizministerin Katharina Barley in der Süddeutschen Zeitung mit dem Satz zitiert: „Es war eine Lehre aus der Mordserie des NSU, dass rechtsextremistische Motive sehr viel früher und intensiver geprüft werden“ (SZ vom 18. Juni 2019, S. 1). Die Journalistin Annette Ramelsberger titelte ihren Kommentar gar mit „Die braune RAF“ (SZ vom 18. Juni 2019, S. 4). Ungeachtet des wenig ergiebigen Rechts-Links-Vergleichs, der eher wieder die Gemüter der die Gesellschaft tragenden Mittelschichten beruhigt, indem das Problem an die Ränder verlagert wird, weist der Beitrag jedenfalls darauf hin, dass man sich um unsere Gesellschaft Sorgen machen müsse. Die Autorin spricht vom rechten Terrorismus als einem „metastasierenden Gewaltgebilde, das an vielen Stellen unvermittelt aufbrechen kann“ (ebd.).

Rechtspopulismus

Just die Unmittelbarkeit ist genau das Konzept rechter Politik und Gesellschaftsvorstellung. So schreibt Max Horkheimer in Bezug auf den Nationalsozialismus:

„Aber die totalitäre Ordnung ist nichts anderes als ihre Vorgängerin, die ihre Hemmungen verloren hat. Wie alte Leute zuweilen so böse werden, wie sie im Grunde immer waren, nimmt die Klassenherrschaft am Ende der Epoche die Form der Volksge-

meinschaft an. Den Mythos der Interessenharmonie hat die Theorie zerstört, sie hat den liberalistischen Wirtschaftsprozess als Reproduktion von Herrschaftsverhältnissen vermittels freier Verträge dargestellt, die durch die Ungleichheit des Eigentums erzwungen werden. Die Vermittlung wird jetzt abgeschafft. Der Faschismus ist die Wahrheit der modernen Gesellschaft [...]. Er fixiert die extremen Unterschiede, die das Wertgesetz am Ende produzierte“ (Horkheimer 1939, S. 116).

Entsprechend lautet die These heute, dass Rassismus und eine erneuerte rechte Bewegung mögliche ‚Wahrheiten‘ des Neoliberalismus sind, die diesen aufheben, um seine Herrschaftsstruktur fortzusetzen. Die in Europa und Deutschland zu beobachtenden rechten Bewegungen sind also nicht einfach als Feinde der Demokratie, sondern als konsequente Weiterentwicklung eines demokratischen Kapitalismus zu betrachten, um die Akkumulation des Kapitals, mit weißer Herrschaft verknüpft, aufrecht zu erhalten. Die Forderung nach direkter Demokratie seitens der neuen Rechten ist eine Forderung nach Aufhebung der institutionellen Vermittlungsfunktionen, die beispielsweise Parlamente und Abgeordnete innehaben.

2010 war nicht absehbar, dass sich so zügig – nämlich bereits 2013 – mit der AfD eine rechtspopulistische Partei gründen würde, die im Jahr 2019 bereits in einigen Bundesländern zur größten Landtagsfraktion werden könnte. Sie hat sich die Unmittelbarkeit der Politik auf die Fahne geschrieben und entwendet der Linken den Slogan der direkten Demokratie als Aushebelung repräsentativer demokratischer Formen.

Aufgrund der rechtspopulistischen Wirksamkeit konnte jüngst die Frage nach dem Verhältnis von Rassismus zu Rechtsextremismus in die Frage nach dem Verhältnis von Rassismus und Rechtspopulismus umgewandelt und die These aufgestellt werden, dass „Rassismus und Rechtspopulismus nicht voneinander zu trennen sind“ (Seng 2019, 49).

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rassismuskritik

Dies spiegelt sich auch in der Wissenschaftslandschaft und kritischen Analyse des rechten Felds. In der jüngsten Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld werden Ansätze zur Erforschung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, von Rechtsextremismus und von Rechtspopulismus zusammengeführt. So hilfreich diese Studien sind, da sie eine Langzeitbeobachtung bundesdeutscher Einstellungsmuster ermöglichen, so begrenzt ist von Anfang an und nach wie vor ihr Rassismusbegriff. In der aktuellen Studie heißt es beispielsweise zum Begriff Rassismus im Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF):

„Rassismus definieren und messen wir in der Form von generalisierenden Einstellungen und Ideologien, welche die Abwertung durch eine vermeintlich biologische und ideologisch konstruierte »natürliche« Höherwertigkeit der Eigengruppe ausdrückt wie rechtfertigt. Wir messen dabei einen traditionellen ethnisch-biologischen Rassismus. Rassismus kann sich auch in den anderen GMF-Elementen zeigen, wie z. B. in

antimuslimischem Rassismus oder rassistischer Fremdenfeindlichkeit. Dabei kommt allerdings eher ein kultureller Rassismus zum Ausdruck. Mit Blick auf eine Differenzierung unterschiedlicher Elemente von GMF bezeichnen wir die anderen Elemente nicht per se als rassistisch, zumal es auch Zuschreibungen von Ungleichwertigkeit ohne rassistischen Reflex gibt“ (Zick/Küpper/Berghan 2019, 58f.).

Rekurriert man auf die rassismuskritische Forschung, so werden dort wenigstens sechs von insgesamt dreizehn Items der GMF unter Rassismus als Diskriminierung unter Bezug auf natio-ethno-kulturelle Differenzkonstruktionen gezählt: „Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Abwertung von Sinti und Roma, Abwertung asylsuchender Menschen“ (Zick/Küpper/Berghan 2019, 58). Just der Terminus „Fremdenfeindlichkeit“ stößt rassismuskritisch geschulten Personen unangenehm auf, wird dieser Begriff doch nunmehr seit knapp 30 Jahren stichhaltig kritisiert und ist er deshalb eigentlich ad acta gelegt. Obwohl die Problematik des Begriffs durchaus bekannt ist (Zick/Küpper/Berghan 2019, 59 Fußn. 2), wird er in den GMF-Studien dennoch weiterverwendet.

Die Rassismuskritik hat einen auf den ersten Blick weiteren, auf den zweiten Blick aber ganz anders gelagerten Rassismusbegriff. Ihr geht es nicht um den Blick auf die Objekte des Rassismus, so als ob diese essentiell etwas zum rassistischen Vorurteil beitragen würden, sie zielt auch nicht auf individuelle Einstellungen ab, sondern definiert Rassismus als relationales Verhältnis zwischen Täter und Opfer innerhalb einer

sozialen Struktur, die individuell, institutionell, strukturell und epistemisch rassistische Binarität begründet und materialisiert (Hall 2000, Paul 2019). „Der übergeordnete Begriff ‚Rassismus‘ erlaubt dabei eine systematische vergleichende Perspektive auf unterschiedliche Rassismen, ermöglicht die Übertragung theoretischer Erkenntnisse (z. B. aus der Antisemitismusforschung, der Erforschung der Kolonialrassismen usw.), öffnet den Blick auf strukturelle Zusammenhänge verschiedener Rassismen“ (Bojadzijeve et al. 2019, 66, Hervorhebungen im Original). „Rassismus als gesellschaftliches Verhältnis“ verstanden macht aus der Rassismuskritik eine „kritische Gesellschaftsforschung“ (Bojadzijeve et al. 2019, 65, Hervorhebung im Original).

Es ist zu konstatieren, dass zwischen der Rassismuskritik und Forschungen im Bereich des Rechtsextremismus oder von GMF in den letzten Jahren kaum Annäherungen stattfanden, obwohl Zick et al. in einer Fußnote betonen: „Wir denken nicht, dass sich diese verschiedenen Rassismusdefinitionen grundsätzlich ausschließen, und gehen nicht davon aus, dass sich Vorurteils- und Rassismuskritik ausschließen müssen“ (Zick/Küpper/Berghan 2019, S. 59, Fußn. 1). Eher ist gar eine verschärfte Kontroverse der unterschiedlichen wissenschaftlichen Fachrichtungen und Schulen zu verzeichnen, was wissenschaftstheoretisch und wissenschaftspolitisch zu verstehen ist. In den öffentlichen Diskurs hat der kritische Rassismusbegriff bislang kaum Eingang gehalten. Dies zeigt sich „in öffentlichen Debatten [... i]n der Konzentration auf rechtsextreme Milieus und gewaltbereite Subkulturen; in der Naturalisierung von rassistischem Verhalten als Reflex auf

verstärkte Zuwanderung oder sozialen Aufstieg; oder in der Reduktion von Rassismus auf einen Teilaspekt eines Syndroms von Vorurteilen“ (Bojadzijeve et al. 2019, 61).

Ausblick: Sprung in die Freiheit

Es wurde gesagt, der Rechtspopulismus wäre eine mögliche Wahrheit des Neoliberalismus, sein konsequentes Erbe. Es wäre aber auch - wie Horkheimer schreibt - ein „unnatürliches Ende“ des Neoliberalismus möglich: „der Sprung in die Freiheit“ (Horkheimer 1939, 134). Der Neoliberalismus - von Nachtwey als „regressive Moderne“ bezeichnet - hat auch gesellschaftliche Fortschritte zu verzeichnen: eine zunehmende Geschlechtergleichstellung, eine Sensibilität gegenüber Minderheiten, ein verstärktes ökologisches Bewusstsein und weltweite kommunikative Vernetzungen, unter anderem durch digitale Medien. Es gibt alternative real existierende Vergemeinschaftungsformen. Eine andere, gerechtere und nachhaltige menschliche Vergesellschaftung ist möglich (Wright 2017, Oswald 2019). Dagegen ist die „faschistische Verstaatlichung, die Aufstellung eines terroristischen Parteiapparats neben der Administration, [...] das Gegenteil von Vergesellschaftung“ (Horkheimer 1939, 125).

Autor

Prof. Dr. Stephan Bundschuh lehrt Kinder- und Jugendhilfe am Fachbereich Sozialwissenschaften der Hochschule Koblenz.

Literatur

Bojadzijeve, Manuela/Braun, Katherine/Opratto, Benjamin/Liebig, Manuel (2019): Rassismusforschung in Deutschland., Prekäre Geschichte, strukturelle Probleme, neue Herausforderungen. In: Hafeneeger, Benno/Unkelbach, Katharina/Widmaier, Benedikt (Hrsg.): Rassismuskritische politische Bildung.

Theorien - Konzepte - Orientierungen. Frankfurt/Main, S. 59-73.

Bundschuh, Stephan (2010): Wer vom Rassismus nicht sprechen will, sollte vom Rechtsextremismus schweigen. Perspektiven unserer Arbeit. In: Überblick 16, Nr. 4, S. 4-7.

Chomsky, Noam (2018): Kampf oder Untergang! Warum wir gegen die Herren der Menschheit aufstehen müssen. 2. Auflage. Frankfurt/Main.

Goldberg, David Theo (2015): Are we all postracial yet? Cambridge/Malden.

Hall, Stuart (2000): Rassismus als ideologischer Diskurs. In: Rätznel, Nora (Hrsg.): Theorien über Rassismus, Hamburg, S. 7-16.

Horkheimer, Max (1939): Die Juden und Europa, in: Zeitschrift für Sozialforschung. Jg. 8. Doppelheft 1/2, 115-137.

Kraushaar, Wolfgang (2012): Der Aufruhr der Ausgebildeten. Vom Arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung. Hamburg.

Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin.

Oswald, Christian (2019): Jenseits des Arbeitszwangs. Thesen zu einer anderen Gesellschaft. Münster.

Paul, Jobst (2019): Der binäre Code. Leitfaden zur Analyse herabsetzender Texte und Aussagen. Frankfurt/Main.

Seng, Sebastian (2019): Wer vom Rassismus nicht sprechen will, sollte vom Rechtspopulismus schweigen. In: Hafeneeger, Benno/Unkelbach, Katharina/Widmaier, Benedikt (Hrsg.): Rassismuskritische politische Bildung. Theorien - Konzepte - Orientierungen. Frankfurt/Main, S. 45-57.

Wright, Erik Olin (2017): Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus. Berlin.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (Hrsg.) (2019): Verlorene Mitte - feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn.

RÜCK BLICK

IDA-NRW GRÜNDETE SICH IM JAHR 1994,
KURZ NACH DEM RASSISTISCH MOTIVIERTEN
SOLINGER BRANDANSCHLAG 1993, BEI DEM
FÜNF MITGLIEDER DER FAMILIE GENÇ UMS
LEBEN KAMEN.

*„So etwas sollte sich nie mehr wiederholen.“
(Fadime und Bekir Genç)*



Ich weiß gar nicht, wann ich das erste Mal mit „Ida“ in Verbindung geraten bin. Auf jeden Fall waren wir beide noch viel jünger. Vermutlich habe ich IDA-NRW das erste Mal kennen gelernt, als ich zu einer Tagung eingeladen war und dort vorgetragen habe. Das habe ich dann häufiger gemacht. Und ziemlich schnell ist ein enges Band entstanden, das mir auch jetzt noch, mehr als 20 Jahre später und in einer Zeit, in der mich die universitären Aufgaben so fordern, dass die Kooperation mit IDA-NRW nicht mehr ganz so intensiv ist, viel bedeutet. IDA-NRW ist für mich auch von der langjährigen Kooperation mit Anne Broden geprägt. Wir haben ab 2004 viele Jahre sogenannte Fachtagungen organisiert, die sich zu so etwas entwickelt haben wie einem Ort, an dem man mit politisch und gesellschaftsanalytisch ähnlich gesinnten Menschen zusammenkommt, um kontrovers und suchend zu diskutieren und auch, um gemeinsam alt zu werden. IDA-NRW ist insofern für mich eine Art Konstellation, ein Ort, mit dem ich eine Vielzahl an Begegnungen, Gesprächen und Gesichtern verbinde, ein Ort, an dem wissenschaftliche, politische, bildungsarbeitende, pädagogische Auseinandersetzungen mit gesellschaftlicher Realität als von Rassekonstruktionen vermittelter Wirklichkeit stattfinden konnten. Ich denke, dass ich nicht der einzige war, für den dieser Ort als Ort der Verantwortung eines und nicht zuletzt des eigenen Denkens und Tuns in schwierigen Zeiten, wichtig war; auch ein Ort der Ermutigung. Gerade weil die Anliegen an diesen Orten disparat waren und sind – „die“ Wissenschaftler*innen wollten präzise Begriffe, „die“ Praktiker*innen taugliche Konzepte für und in der rassismuskritischen Arbeit –, ging es manchmal auch turbulent zu, aber niemals so, ganz selten zumindest, dass es rechthaberisch abfällig wurde. Diesen Ort IDA-NRW schätze ich sehr und wünsche uns allen mehr Orte dieser Art. Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

Paul Mecheril

Bildungswissenschaftler, Professor für Bildung und Migration

Entwicklungen der Migrationsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland — eine Bestandsaufnahme

// Anne Broden

Dieser Beitrag versucht, Entwicklungen der Migrationsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland seit den 1990er Jahren bis heute aufzuzeigen [...].

Die 1990er Jahre

Anfang der 1990er Jahre kamen viele Menschen nach Deutschland, z. B. jüdische Kontingentflüchtlinge, (Spät-)Aussiedler_innen, Kriegsflüchtlinge aus dem auseinanderfallenden Jugoslawien und aus den kurdischen Gebieten in der Türkei. Die bundesdeutsche Gesellschaft war gespalten, die Diskurse, vor allem in den Medien und der Politik, waren von rassistischen Motiven durchwoben, der rechte Terror kostete viele Menschenleben. Solingen wurde zum Synonym dieser rassistischen Gewalt, als kurz nach der Verabschiedung des sog. Asylkompromisses am 30. Mai 1993 fünf Frauen der Familie Genç bei einem Brandanschlag auf ihr Haus in Solingen ums Leben kamen.

Auch damals kamen Kinder und Jugendliche nach Deutschland, die in ihren Herkunftsländern Bürgerkriege, Verluste von Familienangehörigen und Freund_innen, Gräueltaten und Genozide wie in Srebrenica erlebt hatten. Es kamen Kinder und Jugendliche in die Kitas, Schulen, Häuser

der Offenen Tür, Jugendbildungseinrichtungen und Jugendfreizeitmaßnahmen, die teilweise traumatische Erfahrungen gemacht hatten. Sie und ihre Familien sprachen kein oder nur wenig Deutsch, verfügten (noch) nicht über soziale Netzwerke und nur über geringe, oftmals über gar keine Kenntnisse darüber, wie die bundesrepublikanische Gesellschaft und ihre Institutionen funktionieren. Ihr Aufenthaltsstatus war oftmals völlig unsicher, vor allem bosnische Flüchtlinge waren ständig von der Gefahr der Abschiebung bedroht. Der sog. Asylkompromiss von 1993 mit der Einführung der Drittstaatenregelung und dem neuen Asylbewerberleistungsgesetz sowie das später dazu gekommene Dublin-Übereinkommen waren Zeugnisse einer zunehmenden Abschottungspolitik Deutschlands und der EU. Die grundsätzliche Ablehnung, die die nach Deutschland Geflohenen oder Migrierten damals erlebten, war dadurch gekennzeichnet, dass weite Teile der Bevölkerung und auch der Politik die migrationsgesellschaftliche Realität leugneten. So sagte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung 1989: „Wir sind kein Einwanderungsland. Und wir können es auch nicht werden.“¹

¹ Zitiert nach http://www.deutschlandradiokultur.de/wie-deutschland-einwanderungsland-wurde.954.de.html?dram:article_id=146702, (6.9.2016)

Die Zivilgesellschaft zeigte sich teilweise erschrocken angesichts dieser Gewalt und reagierte mit antirassistischen Aktionen wie Lichter- und Telefonketten. Die Abschottungspolitik, die Verabschiedung des neuen Asylgesetzes, empörte nur die Wenigsten. Viele glaubten, dass mit der Abschottung weniger Migrierende und Flüchtende nach Deutschland kämen und sich dadurch automatisch die rassistische und rechts motivierte Gewalt verringern würde. Die Vorstellung, Rassismus und Rechtsextremismus begegnen zu können, indem das Grundrecht auf Asyl beschnitten und die Rechte der Migrierenden eingeschränkt werden, wird seit den frühen 1990er Jahren bis heute von einer Mehrheit in Politik und Gesellschaft als sinnvoll angesehen und in restriktiven Gesetzen umgesetzt.

In der Jugendsozial- und -bildungsarbeit sowie der Schule überwog zu Beginn der 1990er Jahre noch die defizitorientierte Ausländerpädagogik. Die sog. Interkulturelle Öffnung war ebenso wenig Thema wie struktureller Rassismus. Allein der Begriff Rassismus kam einer Zumutung gleich, glaubten doch weite Teile der bundesrepublikanischen Bevölkerung, dass der Rassismus in Deutschland am 8. Mai 1945 ein Ende genommen habe und allenfalls noch in den Köpfen vereinzelter Personen am extrem rechten Rand zu finden sei.

Entwicklungen bis 2011

Obwohl zu Beginn der 2000er Jahre nur relativ wenige Migrierende nach Deutschland kamen, explodierte zu diesem Zeitpunkt die rassistisch und rechtsextrem motivierte Gewalt gegen sog. Migrant_innen und Geflüchtete, Schwarze Deutsche,

Roma und Sinti erneut. Die Politik reagierte mit neuen Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, vollzog dabei eine Abkehr von der „Glatzenpflege auf Staatskosten“ - womit die gescheiterte Sozialpädagogik mit rechtsaffinen Jugendlichen gemeint war – und stellte Gelder für die Qualifizierung und Vernetzung von Fachkräften und Multiplikator_innen bei der Bekämpfung dieser gewaltvollen Phänomene zur Verfügung. Dass diese Gelder projektgebunden waren und zum Teil bis heute sind, führte allerdings dazu, dass nur unter schwierigen Bedingungen eine institutionalisierte und damit abgesicherte Arbeit „gegen Rechts“ und Rassismus auf die Beine gestellt werden konnte. Die Kämpfe für eine Verstetigung dieser Arbeit waren langwierig und haben viel Energie gekostet, aber Mobile Beratungsteams und Opferberatungsstellen stehen zumindest in Westdeutschland heute deutlich abgesicherter da als noch vor 15 Jahren.

Die rechten Szenen und Parteien wurden zunächst in Ostdeutschland und dann auch im Westen von den entstehenden Mobilen Beratungsteams fest in den Blick genommen. Mit der Implementierung und Verstetigung dieser zivilgesellschaftlichen Organisationen werden die gewaltvollen Strukturen und Ideologien der rechten Szenen und Parteien genauer beobachtet und analysiert, Maßnahmenkataloge für Kommunen und zivilgesellschaftliche Akteure erarbeitet und pädagogische Handlungskonzepte für die (Jugend-)Bildungsarbeit entwickelt.

Der Tatsache, dass Deutschland (schon immer) ein Einwanderungsland war, wurde im

Jahr 2000 endlich durch ein neues Staatsangehörigkeitsrecht unter der rot-grünen Bundesregierung Rechnung getragen. Trotz mancher Mängel im Gesetz führten die Diskurse um die Abkehr vom Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*) hin zum Geburtsortsprinzip (*ius soli*) zu einer weitgehenden Anerkennung dieser Realität, unabhängig davon, wie dies im Einzelnen bewertet wird.

Mittlerweile erreichen auch immer mehr Menschen mit Migrationserfahrungen und People of Color einen akademischen Abschluss und dies trotz der institutionellen und strukturellen Hemmnisse im deutschen Schul- und Ausbildungssystem; Pädagog_innen, Jurist_innen, Mediziner_innen ... mit sog. Migrationshintergrund oder People of Color gehören zum Alltag in Deutschland, auch wenn sie aufgrund des alltäglichen Rassismus, aufgrund der herrschenden Homogenitäts- und Normalitätsvorstellungen immer noch nicht als unhinterfragt dazugehörig anerkannt werden. Die Juristin mit türkischen Wurzeln, der Mediziner aus dem Iran, der indischstämmige Journalist – sie irritieren immer seltener die „Sehgewohnheiten“ der Mehrheitsangehörigen – unabhängig davon, wie diese das finden. Die migrationsgesellschaftliche Realität ist unhintergebar, die Frage ist nicht, ob wir in unserer Gesellschaft zusammenleben wollen, sondern wie.

Auch in der Rassismuskritik und Migrationspädagogik sind wir deutlich weiter gekommen. Zu Beginn der 1990er Jahre gab es in Deutschland noch so gut wie keine rassismuskritischen Diskurse. May Ayim, Katharina Oguntoye und Dagmar Schulz veröffentlichten 1986 ihr bemerkenswer-

tes Buch „Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte“. Annita Kalpaka und Nora Rätzchel waren mit die ersten, die von der „Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein“, sprachen. Birgit Rommelspacher schrieb 1995 von der Dominanzkultur, Rassismusforscher wie Robert Miles, Albert Memmi, Etienne Balibar oder Stuart Hall wurden erst ab den 1990er Jahren vermehrt ins Deutsche übersetzt und rezipiert. Demgegenüber haben wir mittlerweile eine enorme Bandbreite von Publikationen im Kontext der Rassismustheorie und Migrationspädagogik. Und auch wenn wir in Deutschland noch keinen Lehrstuhl für Rassismustheorie haben, so werden doch unter Titeln wie „Interkulturelle Bildung“ oder „Migration und Bildung“ längst innovative Ansätze der Migrationspädagogik und Rassismuskritik gelehrt.

In den 2000er Jahren wird langsam das Sprechen über Rassismus möglich und Migration als gesellschaftliche Realität auch in der Kinder- und Jugendbildungs-, -verbands- und -sozialarbeit zum Thema. Allerdings gehören die defizitorientierte Ausländerpädagogik und die differenzbetonende interkulturelle Pädagogik immer noch zum Inventar vieler Multiplikator_innen; aber die innovativen Impulse der Migrationspädagogik werden mehr und mehr in der Kinder- und Jugendbildungs- sowie -sozialarbeit wahrgenommen.

Seit 2011

Die weit über 150 rassistisch und rechtsextrem motivierten Morde, die seit Beginn der 1990er Jahre begangen worden waren, wurden bis November 2011 als Taten von rechten Einzeltätern oder Kleingrup-

pen abgetan. Die Existenz einer extrem rechten Terrorgruppe wurde lange Zeit negiert. Die Selbstenntarnung des sog. Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) im November 2011 setzte der Vorstellung von Einzeltätern oder Kleinstgruppen ein jähes Ende. Durch die Zuordnung des NSU zu neun Morden an migrantischen Unternehmern und einer Polizistin sowie mindestens zwei Brandanschlägen und zahlreichen Raubüberfällen sowie durch die Erkenntnisse unterschiedlicher Untersuchungsausschüsse auf Bundes- und Länderebene erfuhr die interessierte Öffentlichkeit nicht nur von der Mordserie, den Anschlägen und Überfällen der Terrorist_innen, sondern musste auch zur Kenntnis nehmen, dass Verfolgungsbehörden und Verfassungsschutz in unerträglicher Weise versagt hatten: Die jahrelange Kriminalisierung der Opfer und ihrer Angehörigen, das systematische Ausblenden der Möglichkeit einer extrem rechten Tätergruppe, die Vernichtung von Akten und die Unterschlagung von Auskünften verweisen auf ein systematisches Staatsversagen. Diese Erkenntnis wurde im Bericht des Thüringischen Landtags zum NSU-Untersuchungsausschuss erstmalig so deutlich benannt.²

Kurz nach dem Bekanntwerden der Verbrechen war eine erhöhte Sensibilität und Betroffenheit über das Ausmaß der rassistischen und rechts motivierten Gewalt spürbar. Diese Sensibilität scheint aber wieder verloren gegangen zu sein. Es sind die Profis in den Beratungseinrichtungen und zivilgesellschaftliche (ehrenamtliche) Akteur_innen, teilweise organisiert in Ver-

bänden und Vereinen, denen die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten oder das soziale Engagement für und mit Geflüchtete(n) weiterhin ein Anliegen ist. Seit Herbst 2014 haben wir es in der ganzen Republik wieder mit einer rassistischen Hetze, einer erneuten Gewalteskalation und einer allgemeinen Abwehr von Migration an sich zu tun, dass es den Anschein hat, dass wir nach ein paar Schritten vorwärts wieder viele Schritte zurückgehen.

Die aktuelle rassistisch motivierte Gewalt ist aufgrund des geringen Datenmaterials aus den frühen 1990er Jahren kaum mit damals zu vergleichen. Für die negativ von dieser Gewalt Betroffenen spielen Zahlen auch keine Rolle. Jede Gewalttat ist eine Katastrophe, in erster Linie die real erlebte Gewalt, aber auch das Wissen um diese Realität erzeugt Angst und kann beispielsweise bei traumatisierten Geflüchteten zu einer Re-Traumatisierung oder einer Chronifizierung des Traumas führen.

Die Gewalt geht nicht nur von militanten Neonazis aus, sondern kommt teilweise aus der sog. Mitte der Gesellschaft. Im Rahmen der Aufmärsche der *gida-Bewegung werden zahlreiche Menschen attackiert, wobei die Zusammensetzung dieser Aufmärsche von Stadt zu Stadt sehr unterschiedlich sein kann.

Die rechtsextrem motivierte Gewalt hat seit dem Herbst 2015 vermehrt Aufmerksamkeit erfahren, weil nun auch Politiker_innen und Journalist_innen, die sich beispielsweise für Geflüchtete einsetzen, angegriffen werden. Erst die rechte Gewalt gegen Mehrheitsangehörige und Honoratioren hat auch das Ausmaß der ras-

sistischen und rechts motivierten Gewalt gegen Geflüchtete in der (medialen) Öffentlichkeit zum Thema werden lassen.

Neben den *gida-Bewegungen ist auch die AfD eine ernstzunehmende Herausforderung für die Bundesrepublik. Es sind vor allem die völkisch-rassistischen Diskurse, die ein Klima von Hass und Angst erzeugen. Aber der (zivil-)gesellschaftliche Widerstand ist gegenüber den frühen 1990er Jahren größer geworden, die Sensibilität für das Gefahrenpotenzial, dem rassistisch diskreditierbare Menschen ausgesetzt sind, hat zugenommen. Es gibt heute mehr Solidarität mit Opfern und Angehörigen der von der Gewalt Betroffenen. Auch das Bewusstsein für die Bedeutung und die Konsequenzen, die einer rassistischen Medienberichterstattung und entsprechen-

den politischen Äußerungen zukommen, nämlich letztlich die Legitimation von rassistisch motivierter Gewalt zu befördern, ist in den vergangenen 25 Jahren gewachsen.

Das vor allem seit den 2000er Jahren enorm gestiegene zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus und Rassismus zeigt - trotz aller Widrigkeiten - Erfolge. Die Frage, warum wir es gleichzeitig mit so viel mehr Gewalt und einem derartigen Zuspruch zu völkisch-rassistischen Positionen zu tun haben, wenn doch Fortschritte in der Medienberichterstattung und vor allem im zivilgesellschaftlichen Engagement zu verzeichnen sind, ist nicht abschließend geklärt: Der Verweis auf die angeblich wirtschaftlich abgehängten Anhänger_innen von Pegida

⁽²⁾ Vgl. http://www.thueringer-landtag.de/mam/landtag/aktuell/2014_B/drs58080.pdf



und AfD überzeugt nicht zur Gänze, denn dann müssten solcherart Bewegungen und Parteien in Ländern wie Griechenland, Italien und Spanien doch auf viel größeren Zuspruch stoßen als in Deutschland. Andererseits betreiben Pegida und AfD mit ihrer rassistischen Hetze das „Geschäft mit der Angst“³ und können diese Politik sehr erfolgreich für sich instrumentalisieren. Auch die sexistische und sexualisierte Gewalt in der Silvesternacht in Köln hat insbesondere dem antimuslimischen Rassismus der Rechtspopulist_innen in die Hände gespielt; ihre systematische Diskreditierung geflüchteter Männer im Allgemeinen und „nordafrikanischer Männer“ im Besonderen war und ist anschlussfähig an sehr problematische mediale und politische Diskurse. „Köln“ hat zu einem deutlichen Anstieg der Beleidigungen, Bedrohungen und zu tätlichen Angriffen gegenüber den entsprechend markierten Menschen geführt. Im Namen des Feminismus wird rassistisch argumentiert und dies besonders laut von Seiten der CSU und ihres Vorsitzenden Horst Seehofer. Dabei war es die CSU, die erst 1997 Vergewaltigung in der Ehe als Straftatbestand anerkannte. So werden humanitäre Interessen gegeneinander in Stellung gebracht.

Aber nicht nur die Anhänger_innen von *gida-Bewegung und AfD trauen sich heute im öffentlichen Raum Dinge auszusprechen, die meiner Wahrnehmung nach früher so nicht geäußert wurden. Ob in der Straßenbahn, bei Vorträgen, beim Familienentreffen – die Rede von der Lügenpresse, die Diskreditierung von Geflüchteten,

vor allem von muslimischen Männern, aber auch von Politiker_innen – das Sagbare scheint sich verschoben zu haben, despektierliche Äußerungen gehören mittlerweile zum Alltagsdiskurs und werden kaum infrage gestellt.

Die terroristischen Anschläge in Frankreich, Belgien und seit dem Sommer 2016 nun auch in Deutschland dienen nicht nur den Rechtspopulist_innen, sondern auch der Bundesregierung zur Legitimation einer verschärften Abschottungspolitik und dem Abbau von Grundrechten. Die Diskussion um Burka- und Burkiniverbot machen deutlich, dass im Namen der Nationalen Sicherheit politische Anliegen durchgesetzt werden sollen, die mit Terrorabwehr nicht das Geringste zu tun haben, wohl aber mit der rassistisch untermauerten Abwehr von muslimisch markierten Menschen, die angeblich nicht zu unserer Kultur passten und eine Gefahr für unsere Gesellschaft, unsere Werte darstellten.

Die bundesdeutsche Gesellschaft erscheint im Jahr 2016 zunehmend polarisiert: Extrem Rechte, Rechtspopulist_innen und auf Abschottung beharrende Politiker_innen, Medienvertreter_innen und Menschen aus verschiedenen sozialen Milieus stehen den Menschen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen gegenüber, die sich für Grundrechte und gegen einen drohenden Demokratieabbau zur Wehr setzen, ebenfalls unterstützt von Politiker_innen und Medienvertreter_innen, die ebenso das wieder stabilisierte und weiterhin tödliche Grenzregime Europa zu problematisieren und zu verändern suchen. Dass dieses Grenzregime jährlich tausende Todesopfer fordert, wissen wir: Insgesamt sind seit

³Vgl. dazu Zeitschrift des IDA-NRW „Überblick“ 3/2016 unter <http://www.ida-nrw.de/publikationen/ueberblick/> (15.11.2016)



Januar dieses Jahres mindestens 4220 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken, wie die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf die Internationale Organisation für Migration meldet.⁴ Aber die Regierungen Europas gerieren sich als Menschenretter. [...] ▶

⁴<http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/mittelmeer-mehr-als-200-fluechtlinge-sterben-vor-libyen-a-1119571.html> (20.11.2016)

(Dieser hier in Auszügen vorliegende Beitrag wurde erstmals in der Zeitschrift Überblick des IDA-NRW, 22. Jg., Nr. 4, Dezember 2016 veröffentlicht.)

Autorin

Anne Broden ist freiberuflich tätig mit „Bildung und Beratung in der Migrationsgesellschaft“.

Literatur

Broden, Anne (2017): Rassismuskritische Bildungsarbeit. Herausforderungen – Dilemmata – Paradoxien, in: Karim Fereidooni/Mera El (Hg.): Rassismuskritik und Widerstandsformen, Wiesbaden, 819-835.

Kalpaka, Annita/Rätzkel, Nora (Hg.) (1994): Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein, Köln

Mecheril, Paul (2004): Einführung in die Migrationspädagogik, Weinheim/Basel

Oguntoye, Katharina/Opitz, May/Schultz, Dagmar (Hg.) (1986): Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte, Berlin

Rommelspacher, Birgit (1995): Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und zu Macht, Berlin



Als Erziehungswissenschaftlerin und Vermittlerin kritischer politischer Bildung verbindet mich mit IDA-NRW eine langjährige Zusammenarbeit in Form gemeinsamer Veranstaltungen und Veröffentlichungen. Die rassistisch-kritische Ausrichtung macht aus meiner Sicht den roten Faden der Ansätze und Produkte von IDA-NRW aus, wobei ich besonders schätze, dass die Kritik des Antisemitismus darin ebenso ihren Platz hat. Grundlage dafür ist eine zeitgeschichtliche Auseinandersetzung mit der Geschichte und Wirkung des Nationalsozialismus. Die von den IDA-NRW-Mitarbeitenden verantwortete Bildungsarbeit habe ich immer wieder als ausgesprochen selbstreflexiv erlebt. Materialien von IDA-NRW empfehle ich häufig Studierenden der Pädagogik, weil sie anspruchsvoll und anwendbar zugleich sind. Für die weitere Arbeit wünsche ich IDA-NRW eine sichere Ausstattung und langfristige Stellen, um die wichtige und wie ich finde wirkungsvolle Arbeit fortzusetzen.«

Astrid Messerschmidt

Erziehungswissenschaftlerin

IDA-NRW in Zahlen

Es existiert keine lückenlose Statistik aller Aktivitäten des IDA-NRW, doch war es uns möglich, die folgenden, wie wir finden, beeindruckenden, Zahlen zu ermitteln - ohne Gewähr auf Vollständigkeit.



93

Ausgaben des

Überblick



267

Workshops

213

Vorträge

2 bis 2017

5 heute

Mitarbeiter*innen

64

IDA-NRW
Fachtage

geschätzte

7.500

Anfragen



ungezählte

Beratungsgespräche,
Kooperationen &
Konzeptentwicklungen

ZEITLEISTE

► von der Ausländerpädagogik
über die interkulturelle Pädagogik ...

1990

Wiedervereinigung
Deutschlands

1994

Gründung der Informations- und
Dokumentationsstelle gegen
Gewalt, Rechtsextremismus
und Ausländerfeindlichkeit in
Nordrhein-Westfalen (später
IDA-NRW)

2001

Terroranschläge am 11. September

Anschlag in der Kölner Probsteigasse:
Sicherheitskräfte ermitteln gegen Opfer
und Angehörige. Anschlag wird später
eingestuft als Tat des NSU.

2006

Mord an Mehmet Kubaşık:
Trotz Hinweise auf die Anwesenheit von
Nazis in Aussagen einer Zeugin wird
nicht in die Richtung einer rechtsterro-
ristischen Motivation ermittelt. Kriminali-
sierung der Opfer über Jahre. Mord wird
später dem NSU zugerechnet.

1993

Rassistischer Brandanschlag
in Solingen: Fünf Menschen mit
türkischer Migrationsgeschichte
verlieren ihr Leben.

2000

Wehrhahnanschlag: Am Bahnhof
Düsseldorf Wehrhahn explodiert
eine mit TNT gefüllte Rohrbombe;
sechs der Opfer sind jüdische
Kontingentflüchtlinge aus der
ehemaligen Sowjetunion.

2004

Nagelbombenanschlag in Köln:
Kriminalisierung der Opfer über Jahre
und mangelnde Aufklärung durch die
Sicherheitsbehörden. Anschlag wird
später eingestuft als Tat des NSU.

2007

Gründung des
**Elternberatungsnetzwerks
bei IDA-NRW**

Kontinuität rechter Terror

Asyldebatte und Asylkompromiss

Leitkulturdebatte

Kontinuität rechter Terror

Antimuslimischer Rassismus unter Deckmantel der „Islamkritik“

ZEITLEISTE

... zur rassismus- und machtkritischen Migrationspädagogik.

2011

Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrund (NSU):

Dem NSU werden für den Zeitraum zwischen 2000 und 2007 die Ermordung von neun Menschen mit Migrationsgeschichte und einer Polizistin sowie verübte 43 Mordversuche und drei Sprengstoffanschläge zur Last gelegt. Die Opfer und ihre Angehörigen hatten vormals über Jahre Kriminalisierung durch Sicherheitskräfte erfahren (institutioneller Rassismus).

2012

Gründung der Beratungsstelle für Opfer rechter und rassistischer Gewalt „Opferberatung Rheinland (OBR)“

2015

„Sommer der Migration“: Die Zunahme von geflüchteten Menschen bringt einerseits neue Bewegungen der Solidarität hervor, wird aber gleichzeitig von rechten Akteur*innen für die Stimmungsmache gegen Migrationsbewegungen und marginalisierte Menschen genutzt.

2009

Interview von Thilo Sarrazin in »Lettre International«

Thilo Sarrazins Interview und der Zuspruch in der Öffentlichkeit zu seinen Aussagen offenbaren die weite Verbreitung rassistischer und antimuslimischer Einstellungen in der Gesellschaft. Grenzen des Sagbaren werden drastisch verschoben, der Weg für die in den Folgejahren immer enthemmter geführten gesellschaftlichen, politischen und medialen Diskurse ist bereitet.

2014

In Dresden formiert sich die rassistische, völkische und rechtspopulistische Organisation „Pegida“ (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes).

Staatliche Repressionen sowie rassistische Hetze und Gewalt gegenüber geflüchteten Menschen speziell und sog. Migrationsanderen allgemein nehmen neue Dimensionen an. Das Asylrecht wird ab dem Sommer 2015 durchgehend verschärft, die entsprechenden Gesetze und Pakete werden in Schnellverfahren ohne öffentliche Debatte verabschiedet.

ZEITLEISTE

2017

Die AfD zieht mit einem Stimmanteil von 7,4% erstmals in den Landtag NRW ein. Die AfD hatte über Jahre mit den Themen Flucht, Asyl und Islam Stimmung gemacht, Mitglieder der Partei waren durch antisemitische und rassistische Äußerungen aufgefallen (Björn Höcke bezeichnete 2017 das Holocaust-Mahnmal als „Denkmal der Schande“. Alexander Gauland hatte erklärt, Hitler und die Nazis seien „nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“).

2017

IDA-NRW-Projekt projekt.kollektiv startet mit dem Ziel, rassismuskritische Perspektiven für die Jugendarbeit im Kontext Migration und Flucht (weiter) zu entwickeln.

Flucht, Terror, Migration, Integration und Islam werden zu den beherrschenden Themen in den Medien, rechtspopulistischen und rechtsextremen Stimmen wird dabei viel Raum gegeben, Betroffene hingegen bleiben weitgehend ungehört. Gesellschaftliche Probleme wie soziale Gerechtigkeit, Armut, Ungleichheit, Umwelt etc. sind Randthemen.

2019

Mord an Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke (CDU):

Lübcke wird vor seinem Wohnhaus mit einem Pistolenschuss in den Kopf getötet. Er hatte sich für die Aufnahme von geflüchteten Menschen eingesetzt und erhielt seit Oktober 2015 aus mutmaßlich rechten Kreisen Morddrohungen. Stephan Ernst, der als dringend tatverdächtig festgenommen wird, hat zahlreiche Kontakte zu rechtsextremen Gruppierungen und Netzwerken und ist mehrfach entsprechend vorbestraft.

Der Mord an Walter Lübcke rückt die Gefahr, die von Rechtsterrorismus ausgeht, ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Ein Jahr zuvor, 2018, war der NSU-Prozess zu einem Abschluss gekommen. Im Prozess waren wichtige Themen wie die Ausblendung rechtsextremer Gewalt als Motiv bei den Ermittlungen, Verstrickung von staatlichen Institutionen sowie die Kriminalisierung von Opfern und Angehörigen aufgrund von institutionellem Rassismus dethematisiert worden.

EIN BLICK

IDA-NRW WILL DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT RASSISMUS, ANTISEMITISMUS UND RECHTSEXTREMISMUS IN NRW VORANTREIBEN, INSTITUTIONEN DER KINDER- UND JUGENDARBEIT BEI DER ENTWICKLUNG EINER RASSISMUSKRITISCHEN UND MIGRATIONSPÄDAGOGISCHEN PRAXIS UNTERSTÜTZEN, ALLIANZEN GEGEN RASSISMUS, ANTISEMITISMUS UND DISKRIMINIERUNG FÖRDERN UND GESELLSCHAFTLICHE GEWALTVERHÄLTNISSE VERÄNDERN.

Vom Projekt zur Fachstelle

Gestartet 1994 als ein Projekt des IDA e. V. unter dem Namen Informations- und Dokumentationsstelle gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Nordrhein-Westfalen wird IDA-NRW mittlerweile vom Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKFFI NRW) regelgefördert und ist heute als landesweite Fachstelle für Rassismuskritik und Rechtsextremismusprävention in Nordrhein-Westfalen fest etabliert. Seit 25 Jahren dient IDA-NRW Multiplikator*innen der Jugendsozi-

al- und -bildungsarbeit als Anlaufstelle bei der Suche nach Beratung, Fortbildung und Vernetzung in den Themenfeldern Rassismus- und Antisemitismuskritik, Rechtsextremismusprävention, Migrationspädagogik, Diversität und Empowerment. IDA-NRW bietet Fachtagungen und Workshops an, führt Beratungen am Telefon und vor Ort durch, gibt die Fachzeitschrift „Überblick“ und weitere Publikationen heraus und unterstützt landesweit Jugendverbände und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.

Das Elternberatungsnetzwerk NRW

IDA-NRW hat 2007 ein landesweites Netzwerk zur Beratung von Eltern und Bezugspersonen rechtsextrem orientierter Jugendlicher initiiert, das die in Städten und Kreisen in NRW vorhandenen fachlichen Ressourcen nutzt, um Ratsuchende im pädagogischen Umgang zu unterstützen. Das Netzwerk bietet Familienangehörigen, pädagogischen Fachkräften und anderen Bezugspersonen von Kindern und Jugendlichen mit rechtsextremer Orientierung eine orts- und zeitnahe qualifizierte Beratung und Begleitung.



Als XENOS-Projekt „AufRecht“ gestartet, wurde das Netzwerk in den Jahren 2009 bis 2012 ausgebaut und verstetigt. Ziel ist es, das Netzwerk quantitativ auszuweiten, die Mitglieder im Themenfeld Rechtsextremismus und Beratung zu qualifizieren und die Vernetzung der Mitglieder zu vertiefen.

Angesprochen werden insbesondere Familien-, Erziehungs- und schulpsychologische Beratungsstellen sowie Jugendämter.

Das Netzwerk umfasst Mitarbeiter*innen von Jugendämtern (ASD, Streetwork, Jugendgerichtshilfe, Jugendpflege, Jugend-

zentren etc.), Erziehungs- und Familienberatungseinrichtungen kommunaler und freier Träger, Schulpsycholog*innen, Lehrer*innen sowie engagierte Einzelpersonen aus über 60 Städten.

IDA-NRW steht im Rahmen des Netzwerkes als Kontaktstelle zur Verfügung, bietet Informationen und Materialien rund um das Thema Rechtsextremismus und vermittelt Ratsuchenden Berater*innen vor

Ort. Die Mitglieder des Netzwerkes verpflichten sich, eine zeitnahe Einzelfallberatung und Betreuung vor Ort sicherzustellen. Die interne Vernetzung der Mitglieder bietet Möglichkeiten der kollegialen Beratung und des Coachings. Für Mitglieder des Netzwerkes bietet IDA-NRW Netzwerktreffen zur praxisnahen Fortbildung rund um das Themenfeld Rechtsextremismus und Beratung an. Die Treffen sind eintägig und kostenlos.

projekt.kollektiv — Rassismuskritische Perspektiven für die Jugendarbeit im Kontext Migration & Flucht



IDA-NRW-Teams und gemeinsam mit rassismuskritisch orientierten Einrichtungen, Fachstellen und Multiplikator*innen der Jugendarbeit sowie insbesondere mit selbstorganisierten Initiativen und mit jungen Menschen mit Fluchterfahrung und People

»Dieses Projekt ist aus unserer Sicht, als Initiative „Jugendliche ohne Grenzen in NRW“, eine Brücke zwischen unseren Bedürfnissen und den gesellschaftlichen Herausforderungen.«

AVIN MAHMOUD im Rahmen der Jahresabschlussveranstaltung des projekt.kollektiv am 6. Dezember 2018

Das projekt.kollektiv hat zum Ziel, rassismuskritische Perspektiven für die Jugendarbeit im Kontext Migration & Flucht weiter zu entwickeln und Impulse zu setzen, um Rassismuskritik und Empowerment-Ansätze landesweit in den Strukturen der Jugendarbeit zu verankern. Als Teil des

Angebote und Aktivitäten des projekt.kollektiv:

- **Bildungsarbeit:** Rassismuskritische Perspektiven und Empowerment-Ansätze für die Jugendarbeit im Kontext Migration und Flucht (Workshops, Seminare und Vorträge)
- **Beratung:** Sensibilisierung und Stärkung der Handlungssicherheit im pädagogischen Umgang mit Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus bzw. mit Diskriminierung und Diversität in der Jugendarbeit
- **Empowerment & Powersharing:** Unterstützung von Prozessen der Selbstorganisation und des Empowerments für Initiativen und junge Menschen mit Flucht- und/oder Rassismuserfahrungen
- **Vernetzung:** Auf- und Ausbau von landesweiten Vernetzungsstrukturen für eine rassismuskritisch orientierte Jugendarbeit, insbesondere für junge Multiplikator*innen mit Flucht- und/oder Rassismuserfahrungen und für selbstorganisierte Initiativen
- **Öffentlichkeitsarbeit:** Sichtbarmachung rassismuskritischer Perspektiven in fachlichen und öffentlichen Diskursen zur Jugendarbeit im Kontext Migration und Flucht durch Publikationen und Social Media-Aktivitäten

of Color, arbeitet das Projekt am Ausbau der dafür notwendigen Vernetzungs- und Qualifizierungsstrukturen in Nordrhein-Westfalen.

Das projekt.kollektiv nimmt in den Blick, dass junge Menschen mit Fluchterfahrung, People of Color und Selbstorganisationen als Akteur*innen und Multiplikator*innen der Jugendarbeit anerkannt und in der Jugend(bildungs-)arbeit einbezogen werden müssen. Das Projekt schafft deshalb Räume und Vernetzungsstrukturen, in denen

diese Stimmen, Bedarfe und Perspektiven hörbarer und sichtbarer werden.

Für pädagogische Fachkräfte, Multiplikator*innen und Einrichtungen der Jugendarbeit sowie für ehrenamtliche Initiativen und Vereine werden regelmäßig Fortbildungs- und Beratungsangebote umgesetzt. Darüber hinaus organisiert das Projekt auch Veranstaltungen wie Fachtage und Vernetzungstreffen, bei denen junge Menschen mit Fluchterfahrung und People of Color als Multiplikator*innen aktiv

eingebunden – und beispielsweise für Podiumsdiskussionen und Workshops angefragt – werden. Das 2017 ins Leben gerufene projekt.kollektiv wird aus Mitteln des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert. Verantwortliche Projektreferent*innen sind Cecil Arndt (seit Anfang 2019) und Kolja Koch (seit Mitte 2017).

Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen



25 Jahre IDA-NRW heißt 25 Jahre Haltung und Engagement gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Seit nunmehr 13 Jahren begleite ich bzw. begleitet mich IDA-NRW, zunächst als Beiratsmitglied und drei Jahre später auch als Mitglied der Lenkungsgruppe. IDA-NRW hat sich nie gescheut, auch brenzlige und sehr sensible Themen in der Antirassismus- und Migrationsarbeit anzugehen und die hierfür unabdingbare Aufklärungsarbeit zu leisten. Sei es in Form von Vorträgen, Seminaren oder Publikationen, die vielen Ehrenamtlichen und Fachkräften stets eine gute Hilfestellung in der Praxis sind. Eigentlich müsste ich IDA-NRW wünschen, dass zukünftig alle ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitenden ein neues Betätigungsfeld finden, da die Arbeit nicht mehr von Nöten wäre und die Dokumentationen einen Platz im Haus der Geschichte fänden. Doch da dieses leider utopisch ist, wünsche ich IDA-NRW für die Zukunft ein kräftiges Glück Auf und macht bitte weiter so.“

Nadia Khalaf

Mitglied der Lenkungsgruppe des IDA-NRW

Opferberatung Rheinland (OBR)

Die OBR berät und unterstützt Menschen, die von rassistischen, antisemitischen und anderen politisch rechts motivierten Angriffen betroffen sind. Zu den Betroffenen zählen Menschen, die wegen ihres politischen Engagements, ihrer religiösen Zugehörigkeit oder vermeintlichen Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung oder aufgrund sozialdarwinistischer Motive angegriffen wurden. Seit Aufnahme der Beratungsarbeit im Juli 2012 wurden rund 370 Betroffene in einem zumeist lang andauernden und intensiven Unterstützungsprozess begleitet. Bei einem Großteil dieser Beratungsfälle handelte es sich um rassistisch motivierte Gewalt und um Gewalt gegen Menschen, die sich gegen Rechts und Rassismus und für Demokratie und Toleranz engagieren.



Das Beratungsangebot basiert auf drei grundlegenden Säulen:

- Parteilichkeit:**
 Die OBR nimmt grundsätzlich die „Opferperspektive“ ein, d. h. sie vertritt die Bedürfnisse und Wünsche der Betroffenen.
- Proaktive und aufsuchende Arbeit:**
 Wenn Kontakte von Betroffenen einer Gewalttat ermittelt werden können, bietet die OBR aktiv ihre Unterstützung an. Und Ratsuchende bestimmen, an welchen Orten Erst- und Beratungsgespräche stattfinden.
- Unabhängigkeit:**
 Die Unabhängigkeit von allen staatlichen Behörden ist eine wichtige Grundlage für die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Betroffenen.

Die OBR bietet Betroffenen einen sicheren Raum, um über das Erlebte zu sprechen, und unterstützt dabei, die Folgen einer Gewalttat zu bewältigen sowie neue Handlungsspielräume zu gewinnen.

Umfang und alle Schritte der Unterstützung werden von den Betroffenen selbst bestimmt. Das Angebot richtet sich auch an Angehörige und Freund*innen der direkt Betroffenen sowie an Zeug*innen eines Angriffs. Die Unterstützung ist kosten-

los, vertraulich, auf Wunsch anonym und unabhängig von einer Anzeige bei der Polizei. Für eine anonyme Beratung kann auch die Online-Beratung auf der Website der Beratungsstelle genutzt werden. Neben der individuellen Beratungsarbeit ist es ein wichtiges Aufgabenfeld, das Ausmaß rechter Gewalt und die Folgen für die betroffenen Gruppen sichtbar zu machen und für die Perspektive der Betroffenen zu sensibilisieren. So beteiligt sich die OBR seit 2015 an dem bundesweiten unabhängigen



Monitoring des VBRG, das eine quantitative Auswertung von Gewalttaten in NRW aus Opferperspektive ermöglicht. Mit dem Projekt re:act bietet die OBR zusätzliche Bildungs- und Informationsveranstaltungen für (potentiell betroffene) geflüchtete Menschen sowie haupt- und ehrenamtliche Multiplikator*innen und Einrichtungen an, die mit Geflüchteten zusammenarbeiten. Ziel ist es, sowohl die Handlungskompetenzen von Betroffenen zu stärken als auch

Die Unterstützung kann (je nach Situation und Wünschen) zum Beispiel umfassen:

- Informationen zu juristischen Fragen
- Begleitung zu Gesprächen mit der Polizei oder bei anderen Behörden gängen
- Hilfe bei der Suche nach Zeug*innen oder rechtlichem Beistand
- Vermittlung ärztlicher oder therapeutischer Hilfe
- Unterstützung bei der Vor- und Nachbereitung eines Prozesses sowie Begleitung zu Gerichten
- Recherchen zur Bedrohungssituation
- Unterstützung bei Entschädigungsanträgen
- Beratung im Umgang mit Medien und Unterstützung in fallbezogener Öffentlichkeitsarbeit
- Anregung von Empowerment- und Solidarisierungsprozessen

solidarische Unterstützungsstrukturen an der Seite der Betroffenen zu fördern.

Kontakt: Birgit Rheims, Tel: 0211 157605266
info@opferberatung-rheinland.de
www.opferberatung-rheinland.de

Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen



Einblick in unsere Themen

Rassismus

Rassismus ist der Prozess, in dem Menschen aufgrund tatsächlicher oder vermeintlicher körperlicher oder kultureller Merkmale (z. B. Hautfarbe, Herkunft, Sprache, Religion) als homogene Gruppen konstruiert, hierarchisierend bewertet und ausgegrenzt werden. Die grundlegende Unterscheidungsform beruht auf der Gegenüberstellung eines natio-ethno-kulturellen „Wir“ und „Ihr“, die durch gesellschaftliche und strukturelle Praktiken aufrechterhalten werden. Institutioneller Rassismus resultiert aus der Anwendung formeller wie informeller „ungeschriebener“ Gesetze, Regeln, Vorschriften, Normen und Verfahren, durch die marginalisierten Gruppen der Zugang zu Ressourcen, Partizipation und Anerkennung sowie ihre Möglichkeiten, ihre Potenziale auszuschöpfen, verwehrt wird.

Rassismuskritik geht von der Annahme aus, dass Rassismus eine gesellschaftliche Normalität darstellt, insofern alle Menschen durch rassistische Kategorisierungen, Zuschreibungen und Diskriminierungen in unserer Gesellschaft positioniert werden. Ein Handeln ist also nur innerhalb dieser Verhältnisse möglich. Daher kann Rassismus nur in ihrem Rahmen bekämpft, Zugehörigkeitsordnungen verschoben und rassistische Diskriminierungen abgebaut werden. Dabei ist die Positionierung des*r Einzelnen in den Blick zu nehmen, um nicht erneut rassistische Strukturen der Über- und Unterordnung zu reproduzieren. Insofern ist Rassismuskritik eine (selbst)reflexi-

ve, theoriegebundene, widersprüchliche und prinzipiell nicht abschließbare Praxis. Dadurch setzt sich Rassismuskritik ausdrücklich von Haltungen und Handlungsformen ab, die auf der Annahme beruhen, es reiche aus, für Gleichheit und gegen Rassismus einzutreten, um nicht rassistisch zu sein. Denn diese blenden rassistische Strukturen aus und sind daher auch nicht in der Lage die Folgen der eigenen Praxis zu überblicken.



Antisemitismus

Antisemitismus basiert auf einer doppelten Unterscheidung. Die Wir-Gruppe wird zunächst als „Volk“, „Staat“, „Nation“, „Rasse“, „Identität“, „Kultur“ oder Religion von anderen „Völkern“, „Staaten“ usw. unterschieden. Diese Einheiten werden in einer antisemitischen Logik immer als wesenhafte, einheitliche und harmonische Gemeinschaften verstanden. „Die Juden“ werden ihnen dann als Gegenprinzip gegenübergestellt. Durch eine entsprechende Stereotypisierung werden „die Juden“ für alle verunsichernden und als negativ empfundenen Umstände politischer,

ökonomischer und kultureller Modernisierungsprozesse verantwortlich gemacht und ihnen werden die Bedrohung und „Zersetzung“ jener als ursprünglich imaginierter Gemeinschaft(en) zugeschrieben. Daraus ergeben sich der Glaube an eine in Gut und Böse eingeteilte Welt, an das Wirken verborgener Mächte und Verschwörungen als weitere Grundelemente des Antisemitismus. Da „die Juden“ in dieser Logik die personifizierte Bedrohung darstellen, sind dem Antisemitismus außerdem die Umkehr von Opfern und Täter*innen und die Diskriminierung – bis zur Vernichtung – von Menschen, die als „Juden“ markiert werden, – auf interaktionaler, institutioneller und gesellschaftlich kultureller Ebene – eingeschrieben. Antisemitische Stereotype rechtfertigen diese Diskriminierungen. Als Formen von Antisemitismus werden in verschiedenen Typisierungen unterschieden: christlicher, rassistischer, sekundärer, israelbezogener Antisemitismus und Antisemitismus unter Muslim*innen und Linken.

Analog zu Rassismuskritik geht die **Antisemitismuskritik** von der Annahme aus, dass neben Rassismus auch Antisemitismus eine gesellschaftliche Normalität darstellt, alle Menschen – je nach Positionierung unterschiedlich – betroffen sind und die Auseinandersetzung mit Antisemitismus über die Reflektion der eigenen individuellen, strukturellen und institutionellen Verworfenheit erfolgen muss.



Rechtsextremismus

Der Begriff Rechtsextremismus ist ein Oberbegriff für politische Einstellungen, die sich durch Ablehnung der repräsentativen Demokratie und Ungleichwertigkeitsvorstellungen auszeichnen. Rechtsextreme teilen die Idee einer „Volksgemeinschaft“, die rassistisch definiert ist. Die eigene als homogen imaginierte Nation wird für höherwertig und überlegen gehalten. Elemente der rechtsextremen Ideologie sind Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischer Rassismus, Sexismus und Homo- und Trans*feindlichkeit sowie Obdachlosen- und Behindertenfeindlichkeit. Weitere Kennzeichen sind das Vorherrschen sozialdarwinistischer Vorstellungen und eine Befürwortung autoritärer Strukturen, die mit einer Verharmlosung des Nationalsozialismus, einem Geschichtsrevisionismus und einem Hang zu Verschwörungsideologien einhergehen.

Rechtsextremismusprävention bezeichnet pädagogische und beraterische Maßnahmen zur Vorbeugung der Radikalisierung von Jugendlichen und Erwachsenen in den Rechtsextremismus. Die Maßnahmen unterstützen radikalierungsgefährdete Menschen selbst ebenso wie deren Angehörige, pädagogische Fachkräfte oder Verantwortliche in Verwaltungsstrukturen. Hierfür werden pädagogische Formate entwickelt, individuelle Beratungen durchgeführt oder Tagungen für Multiplikator*innen zur Wissensvermittlung angeboten. Wichtig ist die Wahrnehmung von Rechtsextremismus als gesamtgesellschaftliches Problem, das nur im Kontext gesellschaftlicher, politischer und medialer Diskurse adäquat begreifbar und bearbeitbar ist.

Ideologien der Ungleichwertigkeit

Ideologien der Ungleichwertigkeit resultieren nach Wilhelm Heitmeyer aus der kategorialen Einordnung von Menschengruppen auf der Basis gesellschaftlicher Norm- und Normalitätsvorstellungen. Damit stellen sie den gemeinsamen Kern aller Abwertungen von Gruppen dar. Die Ideologie der Ungleichwertigkeit stellt die prinzipielle Gleichwertigkeit von Gruppen oder Menschen, die Mitglieder von Gruppen sind, infrage. Die Abwertung wird auf Grundlage sozialer, politischer oder auch religiöser Ansichten und Überzeugungen gerechtfertigt. Die Abwertung ihrerseits kann wiederum als Legitimation für diskriminierendes und gewalttätiges Verhalten gegenüber den als abweichend deklarierten Gruppen fungieren.

Das damit verbundene Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ist in Teilen umstritten – so etwa aufgrund der verwendeten Begrifflichkeiten (wie etwa „Fremdenfeindlichkeit“) und der Ausblendung von Machtverhältnissen –, hat jedoch als Erklärungsmodell für Konflikte innerhalb von Gruppen Relevanz.

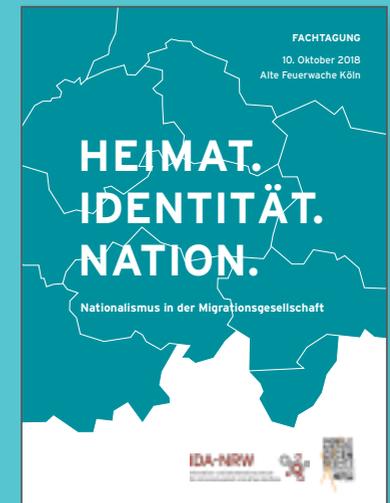


Nationalismus

Nationalismen sind durch zwei Prinzipien gekennzeichnet: Erstens werden die nationale Zugehörigkeit und das subjektive Zugehörigkeitsgefühl dazu benutzt, um politische, rechtliche und soziale Ansprüche zu formulieren, die Nicht-Zugehörigen abgesprochen werden. Zweitens müssen alle Nationalismen definieren, wer zur Nation gehört und wer nicht. Diese Bestimmung geschieht entlang von Definitionskriterien wie „Kultur“, „Geschichte“, „Abstammung“ oder „Rasse“. Im Ergebnis ist die gesamte Menschheit in Völker bzw. Nationen eingeteilt, die als kollektive Akteur*innen von Politik und Geschichte betrachtet werden. Nationalismus kann also als ein Konglomerat aus politischen Ideen, Symbolen, Gefühlen, alltäglichen Handlungen, staatlichen Identifikationsangeboten und Institutionen verstanden werden. Nationalismen fußen also auf gemeinsamen Glaubenssätzen: auf der Überzeugung, dass die Unterteilung in Nationen auf unhintergehbaren Gemeinsamkeiten der jeweiligen Mitglieder fuße; dass jeder Mensch einer Nation angehören müsse und an ein bestimmtes Territorium gebunden ist; dass die Erkenntnis der Zugehörigkeit einer notwendigen – mensch könnte sagen „gesunden“ – Bewusstwerdung gleichkomme; und schließlich, dass die Loyalität zur Nation ein moralischer Wert an sich sei.

Der **Nationalismuskritik** geht es darum, diese als selbstverständlich erachteten Vorstellung von Nation und verbunden damit die Kriterien für die Zugehörigkeit/Nichtzugehörigkeit zu hinterfragen sowie Fragen wie die nach Überschneidungen mit rassis-

tischen Ausschlusspraxen oder nach der Vereinbarkeit von Nationalismus und Menschenrechten zu thematisieren.



Diversität und Intersektionalität

Jeder Mensch hat Eigenschaften, Gewohnheiten und Verhaltensweisen, die ihn von anderen unterscheiden. Einige Merkmale bringen Privilegien mit sich, andere erschweren den Zugang zu Ressourcen. Durch seine vielfältigen (selbstbestimmten wie zugeschriebenen) Zugehörigkeiten ist jeder Mensch in unterschiedlichen Kontexten verschieden positioniert. Der Diversitätsansatz problematisiert gesellschaftliche Machtverhältnisse in ihrer Intersektionalität, die über Normen, Diskriminierung und Privilegierungen in Verbindung mit zugeschriebenen Kategorien wie „Hautfarbe“, Herkunft, Aufenthaltsstatus, Religion, Gender, sexuelle Orientierung, Behinderung, Alter und soziale Herkunft bzw. sozialem Status verknüpft sind. Normen und Macht spielen eine entscheidende Rolle, wenn Menschen von gesellschaftlichen Ressourcen ausgeschlossen werden oder einen privilegierten Zugang zu ihnen erhalten. Diversität bedeutet also nicht nur Vielfalt oder Vielseitigkeit, sondern auch Diskriminierungskritik, Macht- und Normenkritik, Empowerment und Powersharing sowie eine intersektionale Perspektive, die das Zusammenfallen verschiedener Diskriminierungsmerkmale nicht additiv versteht, sondern als Konstellationen, die ganz eigene Diskriminierungsformen und Betroffenheiten hervorbringen.



Powersharing und Empowerment

Powersharing ist vor allem ein Appell, die eigene Macht und die damit verbundenen Ressourcen anzuerkennen und sie „für Gutes“ zu nutzen, indem sie mit anderen geteilt wird, die weniger Macht haben, so dass sich diese selbst empowern können, und zwar auf der Grundlage ihrer eigenen Selbstdefinition und ihrer selbstbestimmten Bedürfnisse und Prioritäten. Solche Ressourcen können Zeit, Raum, Geld, materielle Ressourcen oder auch immaterielle Ressourcen wie Öffentlichkeit, Status oder Kompetenzen sein. Dies geschieht auf der Grundlage von Solidarität und nicht auf Grundlage von Vereinnahmung. Die beiden Begriffe sind also komplementär: Empowerment – aus der Position einer relativen Machtlosigkeit – und Powersharing – aus der privilegierten Position heraus.

Mit **Empowerment** ist ein notwendiger und proaktiver Prozess gemeint, um eigene Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen auf individueller, struktureller, kultureller und institutioneller Ebene zu thematisieren und zu überwinden. Empowerment bedeutet die Wiedererlangung und Reaktivierung der eigenen Stärke und Macht aus der gesellschaftlich ungleichen Position heraus. Somit lässt sich Empowerment als ein Prozess politischer Selbstorganisation beschreiben, der durch Widerstände gegen Machtverhältnisse motiviert und getragen wird. Empowerment-Arbeit fand – wenn auch nicht als solche bezeichnet – in migrantischen und marginalisierten Communities in Form von Selbstorganisation schon immer statt.

Zu Empowerment zählen Konzepte und Strategien, die dazu beitragen, dass Menschen in (relativ) marginalisierten Positionen ein höheres Maß an Selbstbestimmung und Autonomie erhalten und ihre Interessen eigenmächtig, selbstverantwortlich und selbstbestimmt vertreten und durchsetzen können.



Migration

Der Begriff **Migrationsgesellschaft** ist von Paul Mecheril im Rahmen seines Entwurfs einer Migrationspädagogik geprägt worden. „Migrationsgesellschaft“ schließt im Vergleich zu anderen vergleichbaren Begriffen wie „Einwanderungsland“ erstens ein weiteres Spektrum von historischen und gegenwärtigen Wanderungsphänomenen ein (z. B. Pendelmigration). Zweitens erfasst der Begriff Phänomene und Erfahrungen, die für Migrationsgesellschaften charakteristisch sind (u. a. die Entstehung transnationaler sozialer Räume und Zugehörigkeiten, Hybridität, die Herstellung von Fremdheit [Othering], Alltagsrassismus, die Aushandlung von Grenzvorstellungen und Zugehörigkeitsordnungen). Drittens entzieht sich der Begriff Migrationsgesellschaft dem interessengetriebenen Zweck, das Prinzip der Nationalstaaten weltweit zu stabilisieren.

Die **Migrationspädagogik** wurde von Paul Mecheril als eine Perspektive auf das Verhältnis von Pädagogik und Migration systematisch dargestellt. Im Unterschied zu den kulturalisierenden Herangehensweisen der Ausländerpädagogik und Interkulturellen Pädagogik setzt die **Migrationspädagogik** „kulturelle Differenzen“ nicht voraus, sondern stellt die angenommene Naturhaftigkeit und die vermeintliche Unveränderlichkeit, die „Kulturen“ zugesprochen wird, infrage. „Kulturelle Differenz“ wird nicht als selbstverständlich existenter Unterschied, sondern als Praxis des Unterscheidens betrachtet, auf die unter bestimmten Bedingungen Akteur*innen (z. B. Pädagog*innen) zurückgreifen. Migrationspädagogik befasst sich also da-

mit, wie Ordnungen der Zugehörigkeit unter den bestehenden rassistischen Machtverhältnissen politisch, kulturell, juristisch und in Interaktionen hergestellt werden, innerhalb derer Menschen unterschieden und so positioniert werden, dass ihnen unterschiedliche Werte der Anerkennung und Möglichkeiten des Handelns zugewiesen werden. Aus dieser Beschäftigung leitet die Migrationspädagogik keine konkreten pädagogischen Handlungsvorgaben ab, sondern fordert kontinuierliche Reflexion des eigenen Denken und Handelns.



AUSBLICK

*„Lasst uns nach vorne,
in die Zukunft blicken.“*

*(Mevlûde Genç am 29. Mai 2018 anlässlich des 25. Jahrestages
des Brandanschlages in Solingen)*

Rassismuskritische und migrationspädagogische Öffnungsprozesse in der Kinder- und Jugendarbeit

// Tobias Linnemann, Anna Aleksandra Wojciechowicz und Fidan Yiligin, eingeleitet und ergänzt von Karima Benbrahim

Die Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus ist wichtig für eine professionelle und diskriminierungskritische Jugendarbeit, weil sie die pädagogische Arbeit weiterentwickelt und voranbringt. Sie ist ein wichtiges Mittel gegen nationalistische und menschenfeindliche Einstellungen in der Gesellschaft.

Rassismus ist ein gesellschaftliches System, welches dazu führt, dass Menschen aufgrund zugeschriebener oder tatsächlicher Merkmale besser oder schlechter behandelt werden. Diese rassistischen Gewaltverhältnisse wirken in allen gesellschaftlichen Bereichen und müssen zwangsläufig enttarnt, reflektiert und verändert werden. Wenn die Kinder- und Jugendarbeit sich an alle jungen Menschen richtet, dann muss die Beschäftigung mit Rassismus notwendiger Teil der Kinder- und Jugendarbeit sein, denn Rassismus betrifft alle.

Rassismuskritische Öffnungsprozesse sind herausfordernd und anspruchsvoll zugleich, da man in einem ständigen Prozess ist, die eigene Haltung zu reflektieren und zu verändern. Häufig sind Pädagog*innen verunsichert wie eine rassismuskritische

Arbeit vor Ort in der pädagogischen Praxis umgesetzt werden kann. Im nachfolgenden Beitrag sollen Gelingensbedingungen einer rassismuskritischen und migrationspädagogischen Kinder- und Jugendarbeit skizziert werden, die sowohl institutionelle und strukturelle als auch für die individuell-professionelle Praxis Voraussetzungen bzw. Standards formulieren.

Gelingensbedingungen einer rassismuskritischen und migrationspädagogischen Kinder- und Jugendarbeit

Auf die fachliche Haltung und Expertise kommt es an

Als zentrale Gelingensbedingung wurde die grundlegende Haltung von Pädagog*innen und Multiplikator*innen in den Mittelpunkt gestellt, die von der Bereitschaft, gesellschaftliche Machtstrukturen zu hinterfragen sowie sich selbst und die eigene Praxis kritisch zu reflektieren, getragen ist. Damit verbunden ist ein Bewusstsein für die eigene migrationsgesellschaftliche Positioniertheit, d. h. welche gesellschaftliche Position verbunden mit Benachteiligungen oder Privilegierungen der Person zukommt. Die Haltung folgt zugleich dem

Grundsatz der Anerkennung von Pluralität.

Rassismus- und antisemitismuskritische Perspektiven beinhalten fachspezifische Wissensbestände, die mit einem bestimmten Blick auf Bildungszugänge und Gestaltung von Bildungsräumen einhergehen. Dazu gehören fundierte Kenntnisse in den Themenfeldern Rassismus (auch Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus), Antisemitismus, Kolonialismus, Nationalsozialismus, Migration, Flucht, Intersektionalität und Empowerment. Auf diesem spezifischen Fachwissen gründet sich eine rassismusreflektierende Perspektive. Diese ist notwendig für die Wahrnehmung von (sich subtil einschleichenden) Ausschlüssen in der bisherigen Bildungspraxis für bestimmte Gruppen von Kindern und Jugendlichen, für die Initiierung von innovativen und unkonventionellen Konzepten sowie für den stets kritischen Blick auf die eigenen Bildungspraxen.

Dieser kritische Blick dient dazu, Bildungskonzepte und Lernarrangements daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie zu Brüchen mit der (Re)Produktion von Rassismus beitragen. Wichtig ist dabei eine Einheit von Reflexion und Aktion, damit es nicht bei einer reflektierenden Haltung bleibt, sondern diese in der pädagogischen Praxis wirksam wird, beispielsweise wenn es gilt, Ausschlüsse zu minimieren, indem etwa Flyer in mehreren Sprachen verbreitet werden oder bei der Personalpolitik neben der fachlichen Expertise auch auf eine möglichst plurale Zusammensetzung des Teams und der Leitungsebene zu achten.

Prozessbegleitende Räume zur Einübung einer reflexiven Haltung sicherstellen

Die Frage der professionellen Haltung ist erlernbar und muss eingebettet in institutionellen und strukturellen Rahmenbedingungen betrachtet werden. Eine rassismuskritische Haltung zu entwickeln und so zu verinnerlichen, dass sie das eigene pädagogische Handeln leitet, kann nur schrittweise ausgebildet werden und muss mit entsprechenden Bildungs- und Reflexionsangeboten stetig gefestigt werden. Den Pädagog*innen und Multiplikator*innen sollte die Möglichkeit eröffnet werden, regelmäßig an themenspezifischen Fortbildungen teilzunehmen, um sich im Prozess der kritischen Auseinandersetzung weiterentwickeln zu können. Es ist nicht immer einfach, der eigenen Haltung in Bezug auf rassistische Unterscheidungspraxen auf die Spur zu kommen. Dabei ist es nicht ungewöhnlich, dass die Mitarbeitenden Fehler machen und sich schwer tun, Irritationen und Widersprüche auszuhalten. Insofern sollte ein (selbst)reflexiver Rahmen eröffnet werden, in dem die Mitarbeitenden in ihren Bewusstwerdungs- und Auseinandersetzungsprozessen in Bezug auf Rassismus und Antisemitismus professionell begleitet werden. Eine fehlerfreundliche Arbeitsatmosphäre gehört genauso dazu wie Humor, beides sollte allerdings nicht als Freibrief zur (Re)Produktion von Rassismus im Arbeitsteam oder im Umgang mit Jugendlichen verstanden werden.

Gerade dann, wenn die Analyse-kategorie Rassismus als Querschnittsaufgabe in das pädagogische Konzept Eingang gefunden hat und verbindlich gestaltet werden soll,

ist es unumgänglich, dass sich alle Mitarbeitenden der Einrichtung mit Rassismusverhältnissen auseinandersetzen. Rassismus- und antisemitismuskritische Praxen zu etablieren, muss von allen Beteiligten als gemeinsam zu bestreitender Entwicklungsprozess verstanden werden. Hierfür braucht es kontinuierlich Räume für den fachlichen Austausch und die kollegiale Beratung, um rassistische Strukturen in der eigenen Einrichtung zu erkennen und nach und nach abzubauen. Professionell angeleitete rassismussensible Supervisionen werden für die achtsame Begleitung von Teamreflexionsprozessen genauso als eine wichtige Ressource herausgestellt wie Austauschstrukturen in Fachnetzwerken, die explizit Rassismus- und Antisemitismuskritik, Empowerment und Privilegienreflexion in ihre Arbeit einbeziehen. Eine Vernetzung mit weiteren Kolleg*innen ermöglicht nicht nur breitere Diskussions- und Austauschprozesse zu aktuellen Herausforderungen und Ansätzen rassismuskritischer Bildungsarbeit. Mit Blick auf Kinder und Jugendliche als Zielgruppen ist es zugleich von Bedeutung zu wissen, welche Einrichtung welche Angebote für welche Zielgruppen anbietet. Gerade in Hinblick auf entsprechende Supervisor*innen wurde von mehreren Akteur*innen ein großer Bedarf benannt.

Mit Vernetzung und Power-sharing Rassismus zum Thema machen

Rassismus als Thema in zentralen Arbeitsgemeinschaften, Gremien und Beiräten auf die Tagesordnung zu setzen, stößt in der Regel nicht auf Begeisterung. Offene und verdeckte Widerstände und Ab-

wehrmechanismen sind die gängigen Reaktionen, mit denen Akteur*innen rechnen müssen, die sich für rassismuskritische Perspektiven einsetzen. Menschen in Entscheidungspositionen sind oft nicht mit Diskussionen vertraut, die innerhalb von Expert*innenkreisen zur Rassismuskritik geführt werden. Nicht selten sind sie einem Mainstream-Diskurs verhaftet, in dem ein paternalistischer Defizitblick auf Migrant*innen dominant ist und in dem die Thematisierung der eigenen privilegierten Position ausgeblendet wird. Entscheidungspositionen und viele Arbeitszusammenhänge sind oft ausschließlich oder mehrheitlich von weiß-mehrheitsdeutschen Personen besetzt, bei denen bisher keine Auseinandersetzung mit Rassismus stattgefunden hat. Projektverantwortliche mit rassismuskritischer Perspektive berichten davon, dass sie oft als Bedrohung wahrgenommen werden und daher Abwehrmechanismen ausgesetzt sind, die sie zum Schweigen bringen (sollen). Professionelle of Color sind dabei vor eine besondere Herausforderung gestellt, da ihre Argumente in Diskussionen oft nicht aufgegriffen werden. Stattdessen werden ihre Anliegen als persönliche Befindlichkeit abgetan, womit sie auf ihre Emotionalität reduziert und als die Anderen markiert werden, während ihre fachliche Expertise ignoriert wird. Die Implementierung rassismuskritischer Perspektiven bedarf der Beharrlichkeit Einzelner im Team, des institutionellen Rückhalts sowie strategische Verbündete, die dem Projekt Beachtung und Unterstützung entgegenbringen.

Bei unserer Befragung äußerten Projektverantwortliche, dass die Projekte - gerade dann, wenn neue Konzepte erprobt

und neue Zielgruppen angesprochen werden sollen - auf pädagogische Fachkräfte und Personen in Schlüsselstellungen angewiesen sind, die einer machtkritischen Perspektive nahe stehen. Gerade privilegierte weiße Kolleg*innen können ihre Einflussmöglichkeiten nutzen, um differenz- und machtsensiblen Ansätzen Zugänge zu Ressourcen zu eröffnen. Dazu kann es gehören, Geldgeber*innen von diesen innovativen Projekten zu überzeugen. Die Umverteilung von Macht, Powersharing, wurde als ein wichtiges strategisches Mittel und zugleich Ziel der rassismuskritischen Arbeit benannt.

Eine differenzierte Sprache ermöglicht Verständigung im Team

Als ein weiterer wichtiger Qualitätsstandard kristallisiert sich ein reflektierter Sprachgebrauch heraus. Dieser ermöglicht zum einen die Entwicklung einer sensiblen Haltung, indem Problemstellungen der Praxis differenzierter erfasst, verstanden und mit Kolleg*innen diskutiert werden können. Eine gemeinsame Sprache zur Beschreibung und Analyse von praxisrelevanten Situationen wird von den Projektverantwortlichen insgesamt als notwendig für die fachliche Verständigung im Team betrachtet. Dazu gehört es, das gemeinsame Verständnis etwa der Begriffe Rassismus, Antisemitismus oder Empowerment zu schärfen. Nicht selten wird Empowerment allein als sozialpädagogische Strategie der Aktivierung verstanden und weniger als ein Aspekt der politischen Bildung, der mit Emanzipationsbewegungen verbunden ist. Zum anderen zeigen sich Pädagog*innen und Multiplikator*innen, die bereit sind, die eigene Sprache auf ungewollte Fremdzu-

schreibungen und Anders-Machungen kritisch zu überprüfen, besser in der Lage, Jugendliche für ausgrenzende und abwertende Effekte von Sprache zu sensibilisieren. Sie können auf diese Weise Jugendliche of Color vor rassistischen Diskursen schützen und sind zugleich fähig, sie auf der Suche nach selbstgewählten Benennungspraxen zu unterstützen.

Kritische Positionierung gegen Rassismus und Antisemitismus im Leitbild und in der Öffentlichkeit benennen

Rassismus- und antisemitismuskritische Ansätze manifestieren sich darin, dass kritische Perspektiven in Bezug auf Rassismus und Antisemitismus nach außen hin sichtbar werden. Eine weitere Gelingensbedingung für die Projektarbeit und pädagogische Settings allgemein besteht darin, eine klare Positionierung gegen Rassismus und Antisemitismus im Leitbild und Profil der Bildungseinrichtungen/dem Träger zu verankern. Durch den aktiven Einsatz gegen Rassismus und Antisemitismus übernimmt die Bildungseinrichtung die Verantwortung, sich für das Ziel einer gerechteren Gesellschaft aktiv zu engagieren. Die Benennung und Ausarbeitung eines Leitbildes, das rassistische Gesellschaftsstrukturen und seine negativen Konsequenzen zum Thema macht, sichert einen langfristigen Orientierungsrahmen für das pädagogische Handeln der Professionellen.

So können ein pädagogisches Selbstverständnis und verbindliche (Qualitäts-) Standards festgehalten werden. Dadurch wird eine rassismuskritische Expertise der Mitarbeiter*innen als eine relevante

Schlüsselqualifikation benannt und durch unterschiedliche Maßnahmen (z. B. Fortbildungen) werden die Mitarbeiter*innen kontinuierlich in ihrer professionellen Entwicklung gestärkt. Andererseits übernimmt die Bildungseinrichtung mit ihren pädagogischen Angeboten für Kinder und Jugendliche Verantwortung für die Umsetzung einer gesellschaftskritischen Bildung. Die explizite Benennung und Sichtbarmachung eines rassismus- und antisemitismuskritischen Profils in der Außendarstellung kann zudem eine positive Signalwirkung für potenzielle Nutzer*innen of Color haben, die bisher Rassismus- oder Antisemitismuserfahrungen in Bildungseinrichtungen machen mussten.

Mit heterogenen Teams gerechtere Verhältnisse schaffen

Für eine rassismus- und antisemitismuskritische Bildungsarbeit ist es bedeutsam, dass das Team mehrdimensionale gesellschaftliche Positionen repräsentiert. Eine Stellenbesetzung mit Rom*nja, Sinti*ze, Schwarzen, jüdischen, muslimischen, geflüchteten Pädagog*innen oder Multiplikator*innen of Color in der Kinder- und Jugendbildungsarbeit nicht nur auf (ungesicherten) Honorarstellen, sondern auch in Leitungspositionen, setzt ein sichtbares und eindeutiges politisches Zeichen nach außen. Besonders in Positionen, die mit Entscheidungsbefugnissen verbunden sind, sind beispielsweise Professionelle of Color in der Lage, ihre politischen Perspektiven in pädagogische Arbeitsfelder wirksam einzubringen. Aber auch mit Blick auf die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen of Color, die Angebote zur empowernden Identitätsarbeit wahrnehmen

(möchten), ist es wichtig, von reflektierten und qualifizierten Pädagog*innen und Multiplikator*innen begleitet zu werden, die (potenziell) selbst mit Rassismus-, Antisemitismus- oder anderen Diskriminierungserfahrungen lebensgeschichtlich befasst sind. Sie können die Marginalisierungs- und Diskriminierungserfahrungen der Kinder und Jugendlichen nachvollziehen und diese müssen nicht befürchten, erneut rassistisch oder anderweitig diskreditiert zu werden.

Die Präsenz von Professionellen of Color ermöglicht zudem, dass Orte der pädagogischen Arbeit zu Räumen werden, in denen sich Kinder und Jugendliche of Color vertreten fühlen und die Vielfalt an migrationsgesellschaftlichen Positionen erfahrbar wird. Sie ermöglichen es, zielgruppenspezifische Angebote für Kinder und Jugendliche zu machen, beispielsweise sich langfristig und/oder temporär in getrennten Schutzräumen entlang der migrationsgesellschaftlichen Positionierung zu bewegen, sofern sie dies wünschen.

Von den Projektverantwortlichen wird als ein entscheidender Fortschritt betrachtet, wenn Pädagog*innen und Multiplikator*innen of Color ihre Expertise und ihre (informellen) Vernetzungszusammenhänge mit migrantisch-diasporischen Organisationen und Communities of Color in das Projekt oder die Einrichtung einbringen. Zum einen machen sie dadurch die jeweiligen Projekte unter den Zielgruppen bekannt und zum anderen treiben sie die Entwicklungsprozesse in Bezug auf Rassismus-, Antisemitismuskritik und migrationsgesellschaftliche Aspekte in Einrichtungen entscheidend

voran. Sie sind oft diejenigen, die Kritik immer wieder in die pädagogischen Teams hinein tragen und hartnäckig bleiben. Vor allem in weiß dominierten Räumen stehen sie jedoch damit in der Gefahr, als Störenfriede wahrgenommen zu werden.

Stabile Ressourcen sichern längerfristige Perspektiven und Nachhaltigkeit

Zwar hat die Projektförderung aus Bundes- und Landesmitteln sowie kommunalen Fördergeldern eine Vielzahl von modellhaften rassismuskritischen Ansätzen ermöglicht, doch können die neuen Erfahrungen und Erfolge manchmal nicht in die Regularien implementiert werden, weil Projektarbeit mit einer zeitlichen Befristung einhergeht, die der Verstetigung entgegen steht. Wenn rassismus- oder antisemitismuskritisch agierende Pädagog*innen nach der Beendigung eines Projektes die befristeten Stellen einer Einrichtung verlassen, passiert es nicht selten, dass mit ihnen Haltungen, Expertisen und Angebote verloren gehen.

Um nachhaltige Veränderungen in den Regelstrukturen zu ermöglichen, müssen singuläre und kurzzeitpädagogische Projekte überwunden werden. In dieser Hinsicht wird von vielen Projektverantwortlichen als kritisch herausgestellt, dass unsichere und befristete Förderungen die größte Herausforderung für die Realisierung der Projekte darstellen, denn sie machen eine langfristige Planung unmöglich und wirken somit oftmals kontraproduktiv. Die Entwicklung und Etablierung migrationspädagogischer, rassismus- und antisemitismuskritischer Ansätze und Praxen ist als

ein länger andauernder Prozess zu verstehen, der gelingen kann, wenn eine langfristige und ausreichende Finanzierung als Grundvoraussetzung gegeben ist. Es gibt zahlreiche Projekte, die fehlende Ressourcen durch zusätzliches Engagement kompensieren, sei es durch ehrenamtliches Engagement oder teilfinanzierte Stellen. Ohne dieses Engagement wären die meisten Projekte gar nicht möglich. Dies ist eine zwiespältige Realität, da der projektorientierte Ansatz zwar Gestaltungsspielräume eröffnet und viele rassismus- und antisemitismuskritische Projekte überhaupt erst ermöglicht(e).

Zugleich aber erleichtert dies den staatlichen Akteur*innen das Festhalten an einer projektgebundenen und zugleich immer an Innovation statt an Kontinuität und Sinnhaftigkeit ausgerichteten Geldvergabe, die je nach politischer und/oder finanzieller Situation schnell beendet werden kann. Rassismuskritische Bildungsarbeit braucht die Kontinuität der handelnden Fachkräfte und Multiplikator*innen, sie kostet Zeit, Phantasie und Engagement. Gerade in der Bundesrepublik Deutschland, wo diese Ansätze noch in den Kinderschuhen stecken, bedarf es eines zeitlich und finanziell auf Dauer und Kontinuität ausgerichteten, abgesicherten Rahmens, der immer wieder erkämpft, verteidigt und begründet werden will.

Empowerment-Räume als Orte der Sichtbarmachung von Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen

In der Bildungslandschaft existieren bereits Angebote und Tagungen zur Thematisierung von Rassismus, aber es gibt sehr wenige, die die Perspektiven und Wissensbestände von Betroffenen fokussieren. Aus rassismuskritischer Sicht ist die Auseinandersetzung mit Rassismus für Alle notwendig, dennoch zielen die Angebote hauptsächlich darauf ab, weiße Pädagog*innen fit und handlungskompetent zu machen. Diese Perspektive vernachlässigt die Handlungssicherheit und Stärkung von Betroffenen rassistischer und rechter Gewalt in Workshops und Arbeitsfeldern. Empowerment und Powersharing ist eine notwendige Handlungspraxis um mit Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen umzugehen. Fachkräfte und Multiplikator*innen of Color erleben nicht nur im Alltag Rassismus, sondern auch in pädagogischen Settings bzw. Handlungsfeldern – und sie erleben zugleich die Dethematisierung ihrer Rassismuserfahrungen.

In heterogenen Settings werden Fragen von Macht und Privilegien häufig nicht angemessen reflektiert oder sogar ausgeblendet. Dies führt dazu, dass rassistische Denk- und Handlungsmuster, die den Alltag strukturieren, in diesen Kontexten reproduziert und nicht ausreichend problematisiert werden. Dadurch besteht in pädagogischen Handlungsfeldern die Gefahr einer doppelten Verletzung und Reproduktion verinnerlichter Rassismen. Die Thematisierung von Rassismuserfahrungen

am eigenen Arbeitsplatz oder in der pädagogischen Arbeit wirft oftmals andere Fragestellungen auf und bedarf anderer Handlungsstrategien:

- Wie können Strategien gegen alltäglichen und institutionellen Rassismus entwickelt, wie können Rassismuserfahrungen verarbeitet und bewältigt werden?
- Welche Rolle spielen eigene Rassismuserfahrungen in der pädagogischen Arbeit? Wie können sich Fachkräfte mit Rassismuserfahrungen schützen und empowern?
- Wie kann eine rassismuskritische und empowermentorientierte Bildungsarbeit mit weißen Kolleg*innen aussehen?
- Wie können Empowermentansätze als Teil der pädagogischen Praxis mitgedacht und angewendet werden?

Zielgruppen benötigen je nach ihrer gesellschaftlichen Positionierung geschützte Räume zur Bewältigung und Überwindung von Rassismus. Betroffene können ihre individuellen Erfahrungen im Kontext von Rassismus und (Mehrfach-)Diskriminierungen in Gruppen mit ähnlichen Erfahrungen thematisieren und überwinden. In diesem Zusammenhang ist es bedeutsam, Menschen mit Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen durch geschützte(re) Räume die Möglichkeit zu bieten, sich angstfrei und offen über schmerzvolle Erlebnisse auszutauschen und sich gegenseitig zu stärken. Auch Menschen ohne Rassismuserfahrungen können in eigenen Reflexionsräumen, zum Beispiel im Rahmen von Verbündetenarbeit oder Critical Whiteness-Seminaren ihre Verstrickun-

gen in rassistische Gesellschaftsstrukturen thematisieren. In den geschützte(re)n Räumen sollen durch Bewusstwerdung und kritische Hinterfragung der eigenen (Ohn-)Machtsituation bzw. -position Lern- und Veränderungsprozesse angestoßen werden, so dass neue Perspektiven und Handlungsstrategien zur Bewältigung von rassistischen Verhältnissen entstehen. Auch in Bezug auf andere Diskriminierungsformen wie Antisemitismus, , Klassismus, Homo- und Transfeindlichkeit, Ethnozentrismus u. v. m. können in geschützte(re)n Räumen (Mehrfach-)Diskriminierungen in ihren Verschränkungen (Intersektionalität) thematisiert und bearbeitet werden. Empowerment und Powersharing muss als Notwendigkeit einer solidarischen und rassismuskritischen Praxis verstanden werden, in der Menschen mit Rassismuserfahrungen nicht Objekt sondern als Zielgruppe und Adressat*innen die Möglichkeit erhalten Rassismus zu thematisieren und zu überwinden.

(Der hier in Auszügen eingearbeitete Beitrag „Gelingensbedingungen einer rassismuskritischen und migrationspädagogischen Kinder- und Jugendarbeit“ von Linnemann/ Wojciechowicz/Yiligin wurde erstmals in der Broschüre „Kinder- und Jugendarbeit zu rassismuskritischen Orten entwickeln“ (2017) veröffentlicht und hier von Karima Benbrahim eingeleitet und um den Abschnitt „Empowerment-Räume als Orte der Sichtbarmachung von Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen“ ergänzt.)

Autor*innen

Karima Benbrahim ist Diplompädagogin und Leiterin der landesweiten Fachstelle zu Rassismuskritik und Rechtsextremismusprävention IDA-NRW. Neben den Schwerpunktthemen Rassismus(kritik), Empowerment und Rechtsextremismus in der politischen Bildungsarbeit legt sie einen Fokus auf rassismuskritische und diversitätsbewusste Öffnungsprozesse in Institutionen.

Tobias Linnemann ist Diplom-Pädagoge und Theaterpädagogin und aktiv als freiberuflicher Referent der politischen Bildung bei der Bildungswerkstatt Migration & Gesellschaft. Er bietet Seminare an zu den Schwerpunkten kritische Auseinandersetzung mit Rassismus und weiß-Sein, Antisemitismus, politisch-historische Bildung, Erinnerung von NS-Geschichte und geschlechter reflektierende Jungenarbeit.

Dr. Anna Aleksandra Wojciechowicz ist Erziehungswissenschaftlerin und Erwachsenenbildnerin. Schwerpunkte ihrer Forschung und Lehre bilden empirische Arbeiten zu den Themen wie das Verhältnis von Migration, Bildung und Institution, Rassismuskritische Perspektiven auf Bildungszugänge zur Hochschule und Pädagogische Professionalisierung unter migrationsgesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnissen.

Fidan Yiligin ist Diplom-Sozialpädagogin. Sie ist sowohl Lehrbeauftragte an der Universität Bielefeld und der Fachhochschule Bielefeld, als auch Freiberuflerin zu den Themengebieten der Migration, Rassismus, Empowerment und Traumaarbeit. Im Themenfeld der Mädchenarbeit, Empowerment und Migrant*innen Selbstorganisation wurden bereits mehrere Artikel veröffentlicht.

Für rassismuskritische und Empowerment-orientierte Räume in der Jugendarbeit streiten: Impulse aus der Qualifizierungsreihe des projekt.kollektiv

// Cecil Arndt und Kolja Koch

Im dritten Projektjahr organisiert das projekt.kollektiv eine Qualifizierungsreihe mit dem Titel „Multiplikator*innen der rassismuskritischen Jugendbildungsarbeit im Kontext Migration und Flucht“, die in Kooperation mit verschiedenen Fachstellen in NRW sowie mit Unterstützung von Trägern der Jugendarbeit durchgeführt wird. Die Idee entstand im Rahmen einer Zukunftswerkstatt des Projekts im Vorjahr, bei der einige der jungen Teilnehmer*innen inhaltliche und methodische Qualifizierungsbedarfe für die eigene Jugend(bildungs)arbeit im Themenfeld Migration und Flucht geäußert hatten. Dank der Vernetzungsarbeit der ersten Projektjahre konnten für dieses Vorhaben Kooperationspartner*innen aus thematisch vielfältigen Bereichen der Jugendarbeit gewonnen werden.

Die Qualifizierungsreihe wird fachlich und ideell unterstützt von: *Jugendliche ohne Grenzen NRW*, *Terno Drom e.V.*, *LAG Mädchen*arbeit in NRW*, *LAG Jungenarbeit NRW*, *Projekt Queere Geflüchtete Jugendliche der Fachstelle Queere Jugend NRW*, *Coach e.V.*, *ju:an Praxisstelle der Amadeu Antonio Stiftung*, *rubicon e.V.* und *Sofra Cologne*.

»Wir haben zwar viele ortsbezogene Aktivitäten, Kleinprojekte und Mikroinitiativen, aber so ein übergeordnetes Jugendprojekt für die Vernetzung der verschiedenen Potenziale und Initiativen — dass zum Beispiel Initiativen mit Aktivitäten in verschiedenen Systemen vernetzt werden, ist schon ein Erfolg. Ich glaube, dass das auch für die Arbeit von IDA-NRW eine neue Perspektive eröffnet.«

Prof. Dr. Kemal Bozay im Rahmen der Jahresabschlussveranstaltung des projekt.kollektiv am 6. Dezember 2018



Das Konzept der Qualifizierungsreihe wurde in enger Abstimmung mit einer aus der Zukunftswerkstatt hervorgegangenen Planungsgruppe und den Kooperationspartner*innen entwickelt. Es umfasst vier Wochenendmodule sowie zusätzliche Workshops, Empowerment- bzw. Reflexionsräume und Einrichtungsbesuche, die weitere thematische Vertiefungsmöglichkeiten und Zugänge zu den Strukturen der Jugend(bildungs)arbeit bieten.

Neben einer Einführung in das Themenfeld Rassismuskritik und Empowerment/Powersharing werden insbesondere Gender-Perspektiven bzw. Mädchen*-/Jungen*arbeit, Queere Perspektiven und Antisemitismuskritik als inhaltliche Querschnittsthemen für die Jugend(bildungs)arbeit aus rassismuskritischer Perspektive in den Blick genommen. Für die Bearbeitung der Querschnittsthemen werden zu den Wochenendmodulen jeweils Expert*innen aus dem Kreis unserer Kooperations-

partner*innen eingeladen, die einführende Inputs und Workshops beisteuern. Über die inhaltliche Auseinandersetzung hinaus werden so auch methodische Kompetenzen und Strukturwissen vermittelt. An der von Cecil Arndt und Kolja Koch geleiteten Qualifizierungsreihe nehmen 18 junge Menschen teil, die in NRW als Multiplikator*innen in der politischen Jugend(bildungs)arbeit im Kontext Migration und Flucht tätig sind bzw. werden wollen. Die große Mehrheit der Teilnehmer*innen sind junge People of Color sowie junge Menschen mit Fluchterfahrungen; ihre (Betroffenen-) Perspektiven und ihre Vorerfahrungen als Multiplikator*innen in der Jugendarbeit werden als Expert*innenwissen anerkannt und bekommen hier möglichst viel Raum. Die bisherigen Eindrücke aus der derzeit noch laufenden Qualifizierungsreihe sind vielversprechend: Der Versuch, die für die rassismuskritische Auseinandersetzung gewählten Querschnittsthemen aus intersektionaler Perspektive zu beleuchten, und

den Teilnehmer*innen inhaltliches Wissen, methodische Kompetenzen und Zugänge zu den Strukturen der Jugend(bildungs)arbeit zu vermitteln, erweist sich in der Durchführung als spannende Herausforderung. Die von den Teilnehmer*innen eingebrachten Perspektiven und die vertiefte Zusammenarbeit mit den Kooperationspartner*innen sind für die Projektarbeit nicht nur fachlich absolut gewinnbringend.

Trotz – oder gerade wegen – der vielen Impulse aus der Qualifizierungsreihe steht das projekt.kollektiv – wie auch die rassismuskritisch orientierte Jugendarbeit insgesamt – weiterhin vor wichtigen Fragen und unabgeschlossenen Auseinandersetzungen: Welche Möglichkeitsräume können wir durch rassismuskritische Konzepte im Kontext Migration und Flucht für die Jugend(bildungs-)arbeit schaffen? Wie lassen sich aus rassismuskritischer Perspektive die oben genannten Querschnittsthemen gemeinsam und perspektivisch

bearbeiten? Wie können wir strukturell für rassismuskritische und Empowerment-orientierte Räume in der Jugendarbeit streiten?

Um die in den ersten Projektjahren und insbesondere durch die Qualifizierungsreihe angestoßenen Auseinandersetzungen mit diesen Fragen weiterzuführen, soll die Zusammenarbeit mit den Kooperationspartner*innen und den Teilnehmer*innen der Qualifizierungsreihe auch in Zukunft fortgesetzt und möglichst intensiviert werden.

Anstehende Veranstaltung

„Verschieden, getrennt und gemeinsam: Für rassismuskritische und Empowerment-orientierte Räume in der Jugendarbeit streiten!“, Fachtag des projekt.kollektiv (IDA-NRW) zum Jahresabschluss und Ausblick am 28.11.2019

Autor*innen

Cecil Arndt ist Kultur- und Literaturwissenschaftlerin (M.A.), freiberufliche Bildungsreferentin und Trainerin zu den Themenbereichen Rassismus(kritik), Gender und Intersektionalität (pol. Jugend- und Erwachsenenbildung, Fachkräfte- und Organisationsberatung). Seit 2019 arbeitet Cecil Arndt als Referentin und Trainerin für politische Bildung und Empowerment im projekt.kollektiv des IDA-NRW zum Thema „Rassismuskritische Perspektiven für die Jugendarbeit im Kontext Migration und Flucht“.

Kolja Koch hat Psychologie an der WWU Münster und an der University of Toronto sowie Friedens- und Konfliktforschung an der Philipps-Universität Marburg studiert. Derzeit arbeitet er als Trainer für politische Bildungsarbeit im projekt.kollektiv des IDA-NRW zum Thema „Rassismuskritische Perspektiven für die Jugendarbeit im Kontext Migration und Flucht“.



Mit IDA-NRW verbinde ich eine Organisation, die die offene Gesellschaft aktiv mitgestaltet und Möglichkeiten der Partizipation für von Rassismus betroffenen Menschen anbietet. Durch die Dokumentations- und Bildungsarbeit trägt die Organisation zur Reflexion und kritischer Auseinandersetzung mit den Themen Rassismus und Rechtsextremismus bei. Das sind in Zeiten des immer lauter werdenden Populismus und der steigenden rassistischen Übergriffe enorm wichtige Themen, die mehr Platz im gesellschaftspolitischen Diskurs einnehmen sollten. Es war und ist mir eine Freude mit IDA-NRW durch das projekt.kollektiv zusammen zu arbeiten. Die wirkliche partizipative Arbeit des Projektes macht es großartig. Anders als bei einigen anderen Organisationen, werden die Angebote des projekt.kollektiv gemeinsam mit Selbstorganisationen und geflüchteten Menschen erarbeitet und geplant. Eine sehr wichtige Maßnahme in der Jugendarbeit, die mir leider bei vielen Organisationen fehlt. Ich gratuliere IDA-NRW zu seinem 25. Jubiläum und wünsche der Organisation und allen Mitarbeiter*innen viel Kraft und weiterhin viel Erfolg bei der Arbeit gegen Rassismus und für die offene Gesellschaft.

Kawa Eibesh
BUNDjugend NRW



Düsseldorf 2019

Herausgeber:
Informations- und Dokumentationszentrum
für Antirassismusbearbeitung
in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW)
Volmerswerther Straße 20
40221 Düsseldorf
Telefon 0211 159255-5

info@ida-nrw.de
www.ida-nrw.de

Redaktion:
Karima Benbrahim, Meltem Büyükmavi
Gestaltung: Meltem Büyükmavi,
Roxana Gabriel, Harry Hummel
Druck: Flyeralarm, Düsseldorf

Die vorliegende Veröffentlichung wurde durch
das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge
und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen
gefördert.

Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



IDA-NRW

Informations- und Dokumentationszentrum
für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen

